

Kein Reformist - kein Christ - kein Nazi - darf im Betriebsrat sitzen! Jede Stimme für rote Listen

Mittwoch, 11. März 1931  
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 59

# Arbeiter-Zeitung

Vertriebspreis mit Postzuschlag der Gewerkschaften: 40 Pf. + 12 Pf. Postzuschlag = 52 Pf. monatlich  
2,10 RM + 50 Pf. Postzuschlag = 2,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. Durch  
die Post bezogen monatlich 2,60 RM. unter Einheitsband 3 RM.  
Einzelnummerpreis: Die abgegriffene Millimeterzelle oder deren  
Raum 12 Pf. (Bereit) und Veranlassungsanzeigen 8 Pf. Millime-  
terpreis: Die abgegriffene Millimeterzelle oder deren Raum im Text  
70 Pf. — Gleich der Inseratenannahme in der Hauptredaktion um  
8 Pf.; in den Filialen am Tage vorher bis höchstens 12 Pf.

**für Schlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50. A. 00  
Lebener 400 22. Verlagsredaktion:  
Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50.  
Telefon 450 02. Druckerei der Redaktion von 12-18 Uhr.  
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:  
Breslau, Buntz 6, Telefon 12 54. Belegstellen von 8-12 Uhr.  
Verlagsband: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlags-  
gesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Postdruck“ AG., Breslau,  
Kreuzberger Straße 50. Telefon 404 22.

## Erster siegreicher Gutsstreik!

# Warnsignal für die Landarbeiter Schlesiens

## Stahlhelmjunker vom Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter auf die Knie gezwungen — Oberschlesische Sozialfaschisten für Mussolini

**Rüdigberg, 9. März.** Unser Rüdigberger Bruderblatt ver-  
öffentlicht folgende Zuschrift eines Landarbeiters: Auf dem Gute  
G. r. Pusporn verfuhr der Inspektor und Stahlhelmführer  
Gefeller, den roten Betriebsrat des Gutes zu entlassen. Der rote  
Betriebsrat hatte einen Konflikt mit einem Stahlhelmmitglied am  
Sonntag, also außerhalb der Arbeitszeit, gehabt. Dieser Stahlhelm-  
ler, namens Robert Berle, suchte Schutz bei seinem Kameraden-Inspektor  
und verschmarozte den Betriebsrat. Diese Stahlhelmer sind ja wohl  
alle Klugscheißer, um einen Posten zu erhalten, wo sie nicht sonder-  
lich arbeiten brauchen. Sie haben alle Drückberger auf Kosten der Klassen-  
bewußten Arbeitkollegen.

Der Stahlhelminspektor Gefeller wollte nun am Montag früh die  
„Ahre“ seines Stahlhelmkameraden retten. Er griff den Betriebsrat  
an und erklärte: „Ich lege den ganzen Betriebsrat auf.“ Er  
schickte sich also gleich karl. Es gab noch einen weiteren Wortwechsel  
und dann schickte er den Betriebsrat weg, der auch sein Handwerk-  
zeug nahm und nach Hause ging.

Der Inspektor hatte aber nicht mit den anderen Landarbeitern  
gerechnet, die noch bei den Maschinen beschäftigt waren. Im Au-  
sprung sahen sie alle von den Maschinen runter und erklärten den Streik,  
wenn der Stahlhelminspektor den Betriebsrat nicht sofort wieder ein-  
setzte. Sie blieben alle geschlossen stehen, bis die Maßregelung zur-  
ückgezogen wurde.

gut aller werden zu lassen. Ganz besonders anfeuernd aber muß  
dieses Niederzwingen der Stahlhelmjunker auf die Landproleten  
wirken.

Auch in Schlesien und Oberschlesien haufen sich auf allen Gütern und  
Dominien Stahlhelmer und Nazis, die durch schamloseste Ausbeu-  
tung und Terror die Landarbeiterschaft schlimmer wie Sklaven be-  
handeln. Jetzt rückt die Hande auf der ganzen Linie zur Lohnraub-  
offensive. Das Beispiel der ostpreussischen Land- und Forstarbeiter  
muß auch in Schlesien und Oberschlesien den eisernen Kampfeswillen

erzeugen, aus dem die Front zur Abwehr des Lohnraubs und zur  
Erkämpfung von höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen  
ersehen wird. Auch die Landarbeiter in Schlesien und Oberschlesien  
sind unüberwindlich, wenn sie in geschlossener revolutionärer  
Einheitsfront aufmarschieren.

**Sie zu schaffen, so schnell als möglich  
zu schaffen, darauf gilt es alle Kraft  
anzuspannen.**

## 20% Lohnraub bei Archimedes geplant

**Arbeiter lehnen einmütig ab — Kollegen, organisiert den Abwehrkampf, wählt  
einen Kampfausschuß!**

**Breslau.** Gestern fand eine Betriebsversammlung des Archimedes-  
Werkes statt. Der reformistische Betriebsrat Endler, derjenige,  
der mit Hiesler erst vor kurzem auferntlich den Frauen die Akord-  
sätze um 5 Prozent kürzen ließ und den Streik damit abbremsete, gab  
bekannt, daß die Unternehmer noch eine 20prozentige Kür-  
zung der Akordsätze vornehmen wollten. Die Arbeiter und  
Arbeiterinnen lehnten geschlossen das Ansinnen der  
Unternehmer ab. Nun drohen die Unternehmer mit der Be-  
triebskündigung.

Der „linke“ Lohnabbauer Hiesler hielt wie immer eine „radikale“  
Rede. Dadurch sollen sich die Arbeiter nicht täuschen  
lassen! Am Ende wird er dasselbe tun, was er bei dem all-  
gemeinen Lohnabbau bei den Breslauer Metallarbeitern getan hat,  
nämlich durch Verwirrungsmanöver mitwirken, die Löhne  
abzubauen. Daß diese Absicht bei den sozialfaschistischen Gewerkschafts-

bürokraten besteht, ging bereits daraus hervor, daß der Betriebsrat  
Endler sagte, die Urabstimmung müsse mindestens 98 Prozent  
Mein-Stimmen bringen, sonst „sei nichts zu machen“.

Kollegen und Kolleginnen, stimmt bei der Urabstimmung  
einmütig für Ablehnung des schrecklichen Ansinnens der  
Unternehmer! Doch das allein genügt nicht, ihr müßt sofort  
den Abwehrkampf organisieren. Das könnt ihr nur unter  
Führung der KPD., unter Führung eines selbst gewählten  
Kampfausschusses tun. Denn Hiesler und Endler treten nicht  
für eure Interessen ein, sondern für die der Kapitalisten.

Kollegen, kommt heute um 16 Uhr reißlos in die von der KPD.  
in den „Zentralhallen“, Westendstraße, einberufene Ver-  
sammlung! Wählt einen Kampfausschuß aus den energiegelassen  
Kollegen. Nehmt den Streik gegen jeden Pfennig Lohn-  
raub auf!

## Bezirkskonferenz Schlesiens des Kom. Jugendverbandes

am Sonnabend, dem 14. März,  
Sonntag, den 15. März,

in Breslau, Hoffmanns Festhalle, Pöpelwitzstraße. Beginn Sonn-  
abend um 18 Uhr.

Die Delegierten müssen bis zu dieser Zeit in Breslau ein-  
getroffen sein. An den Bahnhöfen stehen Genossen zur weiteren  
Information bereit. B. des KJVD, Schlesien.

## 1000 schlesische Junaproleten fahren Ostern nach dem roten Berlin zum Reichs-Jugendtag!

Bist du schon dabei?

genommen worden war. In zehn Minuten war dem Stahlhelm-  
inspektor das Herz in die Hosen gerutscht, daß er gleich einen Arbeiter  
zu dem Betriebsrat schickte, um ihn dringend zu bitten, er möchte  
doch die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Landarbeiter, unter Führung des Einheitsverbandes der  
Land- und Forstarbeiter und der KPD., schlugen so ihre roten Be-  
triebsräte. Sie haben allen Landarbeitern den Weg gezeigt, wie der  
Kampf geführt werden muß. Wägen nun alle Landarbeiter und auch  
die Industriearbeiter sich ihrer eigenen Kraft bewußt sein und aus  
dem Streik auf dem Gute G. r. Pusporn die Lehren ziehen. So und  
nicht anders, nämlich nur durch die geschlossene Niederlegung der  
Arbeit, werden wir den Lohnabbau verhindern und alle kommenden  
Kämpfe siegreich beenden. Die Landarbeiter, die zwangsweise zu Mit-  
gliedern des Stahlhelms und ähnlicher Organisationen gemacht  
werden, ermahnen wir, dort sofort auszutreten und in den Einheits-  
verband der Land- und Forstarbeiter einzutreten. Die Junker und  
Stahlhelminspektoren sind völlig machtlos, wenn wir uns einig sind.

Die einfache Zuschrift eines Landproleten zeigt, daß die Radikali-  
sierung der Arbeiterklasse auch auf dem Lande den revolutionären  
Willen zum Kampf unter den Proleten erweckt. Und nicht nur das.  
Viele Arbeiterkorrespondenz zeigt, daß er die Grundzüge der revolu-  
tionären Streikstrategie bereits vollkommen begriffen hat. Sie muß  
ein Signal für die gesamte Arbeiterchaft in Schlesien und Ober-  
schlesien sein, sofort alles aufzugeben, um diese Streikstrategie Gemein-

## In einer Front marschieren:

# Brüning - Gebering - Mussolini!

## Italienische Faschistendelegation kommt zum Abstimmungsrummel nach OS.

Wir bringen nachstehend eine Meldung aus der „Ostdeutschen  
Morgenpost“, dem Organ der ober-schlesischen Industrie, zum Ab-  
stimmungsrummel:

„Breslau. Wie aus nationalsozialistischen Kreisen verlautet,  
sollen sich die im Lager der nationalen Opposition umlaufenden  
Nachrichten bestätigen, daß zu den Abstimmungsgeheimnissen in  
Oberschlesien eine italienische Abordnung einreisen wird. Angeblich  
soll der Widerstand sozialdemokratischer Kreise gegen die Zulassung  
der faschistischen Vertretung bei der Abstimmungsfeier in Beuthen  
oder Gleiwitz aufgegeben sein und die nationale Opposition mit  
dem Erscheinen der Italiener am 22. März in Oberschlesien als  
sicher rechnen. (Wir geben diese Nachricht unter allem Vorbehalt  
weiter und stellen lediglich fest, daß es sich bei dieser Abordnung  
nicht etwa um eine italienische Offiziersdelegation handelt, die das  
Gebächnis der in den Oberschlesien-Kämpfen gefallenen Italiener  
ehren würde. Bewahrheitet sich die Nachricht, so kann es sich nur  
um eine faschistische Parteidelegation handeln, die auf Wunsch der  
deutschen nationalsozialistischen Führung nach Oberschlesien kommen  
würde. D. Red.)“

Dieser Meldung zufolge wird eine italienische Faschistendelegation  
an dem nationalsozialistischen Abstimmungsrummel in Oberschlesien teil-  
nehmen. Die Sozialdemokraten, die anfangs Widerstand leisteten,  
haben ihn aufgegeben. Warum sollten sie das auch nicht! Sie sind  
Sozialfaschisten geworden und ermöglichen in Deutschland die Durch-  
führung der faschistischen Hungerdiktatur. Und so werden an den  
Abstimmungsfeiern Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und italia-  
nische Faschisten in einer gemeinsamen Front aufmarschieren. Hier  
wird offen die Verbrüderung des deutschen Faschismus mit dem  
italienischen zum Ausdruck kommen.

In den letzten Tagen hat noch die SPD. eine „Versammlungs-  
kampagne gegen den Faschismus in Italien“ geführt. Was diese  
Kampagne wert ist, zeigt uns die obenstehende Meldung. Die SPD.  
will den Arbeitern durch solche Manöver einreden, daß sie gegen den  
Faschismus kämpfen. Sie muß das tun, weil die sozialdemokratischen  
Arbeiter immer mehr erkennen, daß die Gebering und Braun die  
Wegbereiter der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland sind  
und deshalb zur KPD. rufen, die ernsthaft einen mehrfachen Massen-  
kampf organisiert und führt.

Die Braunschweiger Wahlen und die bis jetzt stattgefundenen  
Betriebsratwahlen haben diese Entwicklung bestätigt. Und nicht zu-  
letzt die antisozialistischen Kampfkongresse, wo sozialdemokratische Ar-  
beiter und auch untere Funktionäre zur KPD. übergetreten sind.

Die Tatsache, daß eine Abordnung der italienischen Faschisten-  
partei an dem ober-schlesischen Abstimmungsrummel teilnimmt, hat  
vor allem eine außenpolitische Bedeutung und ist eine politische De-  
monstration gegen die Sowjetunion. Die Kriegshetze gegen die  
Sowjetunion sind die Organisationsziele dieser Veranstaltungen. Die  
arbeitende Bevölkerung soll für deren schmutzigen Ziele gewonnen  
werden. Die Schulkinder, die arbeitende Jugend und die erwachsene  
Bevölkerung soll mit nationalen Phrasen vom „Vaterland“ bezaubert  
gemacht werden.

Wir müssen diesem Treiben der Kriegshetze, dieser gemeinsamen  
nationalsozialistischen und sozialfaschistischen Front die rote Klassen-  
front entgegenstellen. Die Mussolini-Faschisten müssen entsprechend  
von den Proleten empfangen werden. Die Straße gehört dem ober-  
schlesischen Proletariat! Der Schritt der Arbeiterbataillone muß durch  
die Straßen bräuhren! Die Arbeiterchaft muß für den revolutionären  
Internationalismus demonstrieren!



# 40000 Metallarbeiter in Bayern ausgeperrt

## Provokatorischer Vorstoß der bayerischen Metallindustriellen — Gewerkschaftsbürokratie bettelt um Verbindlichkeitserklärung für den Lohnraub. Schleifische und obereschleifische Metallarbeiter, macht eure Betriebe kampfbereit!

München. Mit Schluß der zweiten Schicht sind heute 40000 Metallarbeiter der Bayerischen Großstadt Metallindustrie aus den Städten München, Kasing, Fürth und Augsburg ausgeperrt worden, nachdem am Sonnabend ein Schlichtspruch gefällt worden ist, der neben einem Lohnabbau von 6 Prozent auch Verschlechterungen in den Manteltarifbestimmungen vorsieht.

Am Schluß der Verhandlungen vor der Schlichterkammer hatte der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes bayerischer Metallindustrieller erklärt: „Bei unseren Forderungen geht der Kampf bis aufs Messer! Die SPD-Presse muß zugeben, daß die bayerischen Metallarbeiter sich mit allen Kräften gegen diese brutale Maßnahme der Unternehmer wehren wollen. Aber die Gewerkschaftsbürokratie hat schon zum Dolchstoß ausgeholt. Ein bürgerliches Telegrammenbüro konnte bereits melden, daß die Gewerkschaftsbürokratie die Verbindlichkeitserklärung für den Lohnraubabschiedspruch beantragt hat. Gestern wurden in Düsseldorf die Verhandlungen über einen neuen

Lohnraub für die nordwestdeutsche Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie fortgesetzt. Die gesamte Arbeiterschaft muß deswegen nicht nur eine großzügige Solidaritätsaktion für die bayerischen Metallarbeiter organisieren, sondern auch selbst zum Kampf rufen, um eine zweite Lohnabbauwelle unmöglich zu machen.

In Oberschlesien läuft der Lohnraub bereits Ende dieses Monats ab; für Schlesien im Juni. Deshalb ist um so notwendiger, daß die obereschleifischen und schleifischen Metallarbeiter nicht nur eine Solidaritätsaktion für die bayerischen Kollegen einleiten, sie müssen ihren eigenen Kampf zur Abwehr des geplanten Lohnraubes, für die Zurückeroberung der alten Lohnsätze vorbereiten. Die Belegschaft der Justenhütte bei Beuthen hat bereits einen vorbereitenden Kampfausschuss gewählt; die übrigen Metallbetriebe in Schlesien und Oberschlesien müssen folgen. Mit ein Mittel zur Abwehr des Lohnraubes ist die Wahl roter Betriebsräte. In jedem Metallbetrieb muß die rote Einheitsliste siegen!

## SPD- und UAW-Vorsitzender dem Einheitsverband der Bergarbeiter beigetreten

Schomberg. Die Erörterung der Mitgliedschaft in der SPD und den „freien“ Gewerkschaften über die Politik des Führerkriegs wachst in letzter Zeit in viel stärkerer Weise. So auch in Schomberg! Im reformistischen Bergarbeiterverband und der SPD. brodelte es gewaltig. Wie uns mitgeteilt wird, sind in den letzten Tagen sehr viele Mitglieder des UAW, dem Einheitsverband der Deutschen Bergarbeiter beigetreten. Unter den Neuaufnahmen befinden sich Kameraden, die auch Mitglieder der SPD. gewesen sind. Dieser Tage hat der Vorsitzende der SPD. und des UAW. seine Funktionen niedergelegt und ist dem Einheitsverband beigetreten. Der Schriftführer der Sozialdemokratie, der zugleich Jugendobmann des dritten obereschleifischen Bezirks ist, wird von der Bürokratie gleichfalls verdächtigt, mit der kommunistischen Partei zu sympathisieren, weil er auch Mitglied des Einheitsverbandes geworden ist. Der Parteisekretär Hammet hat diesem anhängelastet, sich können sieben Tagen zu erklären, ob er dem neuen Bergarbeiterverband den Rücken kehren werde, falls nicht, werde er seiner Funktion enthoben.

Diese Entwicklung in Oberschlesien widerspiegelt die tiefe Rebellion unter den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die Severing, Braun, Stelling und Gavellet, die dem Kanzler Brüning treu ergeben sind, die dem Jolowichminister Schiele das Vertrauen ausgesprochen haben, die bereit sind, dem Panzertruppen ihre Zustimmung zu geben. Wir müssen weiter vorstößen in der Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen Lohn-, Steuer- und Zollraub, gegen faschistische Hungerdiktatur, für ein Sowjetdeutschland!

Die zweite Lohnraubwelle wird von den Bergbaukapitalisten in Oberschlesien und Niederschlesien zum Juli dieses Jahres vorbereitet. Zeit steht, daß die Bürokraten keinen Finger zur Auslösung eines Abwehrkampfes rühren werden. Einzig und allein bereitet der Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands den Kampf gegen Lohnraub, für die Zurückeroberung des alten Lohnes vor. Deshalb werden Mitglieder desselben und schmeidet mit uns die kämpfende Einheitsfront!

## Rote Erfolge in bisherigen SPD.-Wahlburgen

Die Betriebsrätemahlen in der bisherigen sozialdemokratischen Hochburg Junfer & Ruh, Karlsruhe, ergaben folgendes Resultat:

Rote Einheitsliste	160 Stimmen
Reformisten	555 Stimmen

Dieses Resultat ist ein Erfolg der roten Einheitsliste. Während bisher keine rote Liste aufgestellt werden konnte, gelang es bei der diesjährigen Wahl der SPD., einen Einbruch in die reformistische Hochburg zu machen.

In dem Chemiebetrieb J. R. Weigh in Grenzau errang die rote Einheitsliste einen Erfolg. Das Wahlergebnis lautet:

Rote Einheitsliste	106 Stimmen (2 Mandate) bisher 0
Reformisten	118 Stimmen (3 Mandate) bisher 5

## Reichsbahn-Lohnverhandlungen gescheitert

Am 10. März begannen die Lohnverhandlungen für die Reichsbahn, sie wurden ergebnislos abgebrochen. Jetzt wird die Schlichtungsmaschine in Gang gesetzt, um den Lohnraub zu diktieren. Eisenbahner, rühtet zur Gegenwehr!

## Streit in einem thüringischen Textilbetrieb

Bei der Firma Müller & Kramer, mechanische Weberei in Greiz, legte die Belegschaft geschlossen die Arbeit nieder. Es soll ein Lohnraub von 6½ Prozent durchgeführt werden. Die Belegschaft kämpft gegen diesen Lohnabbau. Der reformistische Betriebsrat und der Gewerkschaftsbürokrat vom Textilarbeiterverband versuchten vergeblich, den Streikwillen der Belegschaft zu unterdrücken.

## 2100 Delegierte auf dem Berliner Volkstongress

Berlin. Am Sonntag tagte im großen Saale der Philharmonie der Volkstongress gegen den Faschismus für Berlin-Brandenburg-Grenzmark-Lausitz: 2100 Delegierte, versammelt zur Beratung des Lühneren und noch weiteren Angriffen gegen den Faschismus, gegen die Brüning-Regierung und ihre preussischen Vagabunden.

Genosse Hermann Kemme hielt sein wegweisendes Referat vor den Delegierten aus Stadt und Land: Arbeiter neben Erwerbslosen, Landarbeiter neben Kleinbauern, Angestellte neben Mittelständlern. 2100 Delegierte aus den Großbetrieben, von den Stempelstellen des Glases, von den großen Gütern, aus kleinen Bauernhöfen, aus den Büros, aus den Werkstätten und den kleinen Geschäften der Mittelständler.

Neben den Kommunisten mehr als 1400 parteilose Delegierte, 24 Sozialdemokraten und 6 bisherige Mitglieder der NSDAP., sie alle hatten sich zusammengesunden, im Willen, gegen den Faschismus, auf den vorbesten Schanzen zu stehen. So wurde dieser wahre Volkstongress — wie es in seinem Aufruf heißt — zu einem Flammenzeichen der großen Volksbewegung gegen den Faschismus, gegen die Diktaturregierung Brüning und gegen die arbeitserneuernde Preußenpolitik.

## Gesetzliche Bestimmungen zur Betriebsrätemwahl

### Wo sind Betriebsräte zu wählen?

In allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen. (§ 1 BIRG.)

Vorstehende Bestimmungen (§ 1) finden in Land- und Forstwirtschaft mit der Maßgabe Anwendung, daß nur die Zahl der ständig Beschäftigten berücksichtigt wird.

### Wer ist wahlberechtigt?

Alle am Tage der Wahl mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Die deutsche Reichsangehörigkeit wird nicht gefordert. (§ 2 Abs. 1, BIRG.)

### Wer ist wählbar?

Alle am Tage der Wahl mindestens 21 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten, die nicht mehr in Bernsausbildung stehen, am Tage der Wahl mindestens sechs Monate im Betriebe oder Unternehmen beschäftigt sind und mindestens drei Jahre dem Gewerbe oder dem betreffenden Berufsstand angehören. (§ 20, Abs. 2 BIRG.) Befristet der Betrieb weniger als sechs Monate, so genügt es, wenn der Arbeitnehmer seit Begründung im Betrieb beschäftigt ist. Sind im Betriebe nicht genügend Arbeitnehmer vorhanden, die wählbar sind, und den vorstehend angeführten Erfordernissen (§ 20 BIRG.) genügen, so kann allgemein von den Erfordernissen der sechsmonatigen Betriebszugehörigkeit, nötigenfalls auch von der dreijährigen Gewerbezugehörigkeit abgesehen werden. Bei Kriegszuständen, die infolge ihrer Beschädigung einen neuen Beruf erlangen haben, ist ein Erfordernis der dreijährigen Gewerbe- oder Betriebszugehörigkeit nicht notwendig. (§ 21 BIRG.)

### Wahlvorstand.

Wählt ein Betriebsrat, so hat derselbe spätestens vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit (Amtsdauer ein Jahr) in einer Betriebsratsversammlung einen aus drei Wahlberechtigten — also 18 Jahre alten Personen — bestehenden Wahlvorstand, und einen der Gewählten zum Vorsitzenden zu wählen. Dabei soll nach Möglichkeit die Minderheitsgruppe (Angestellte bzw. Arbeiter) berücksichtigt werden, was aber gesetzlich nicht zwingende Pflicht ist. (§ 23 BIRG.)

Die Betriebsratswahl ist während der Arbeitszeit einzuberufen, damit die vorgeschlagenen Kandidaten über die Annahme ihres Amtes befragt werden können. Es ist auch zweckmäßig, gefährdete oppositionelle Kollegen für diese Funktion zu wählen, da sie gemäß § 95 BIRG. erhöhten Kündigungsschutz genießen. Mitglieder der Betriebsverwaltung und Betriebsratskandidaten können in den Wahlvorstand und auch zum Vorsitzenden desselben gewählt werden. Verläßt der Betriebsrat vier Wochen vor Ablauf der Wahlzeit die Wahl eines Wahlvorstandes, so ist der Unternehmer verpflichtet, innerhalb vier Wochen einen aus den drei ältesten (am längsten im Betrieb) wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstand zu bestellen, in dem beide Arbeitnehmergruppen vertreten sein müssen. In diesem Falle bestimmt auch der Wahlvorstand seinen Vorsitzenden selbst. (§ 23 Abs. 2 BIRG.)

### Rechtlicher Schutz des Wahlvorstandes?

Er darf vom Unternehmer bzw. seinen Vertretern in der Ausübung der sich aus diesem Gesetz ergebenden Rechte nicht beschränkt und benachteiligt werden. (§ 95 BIRG.) Der Wahlvorstand kann seine erforderlichen Arbeiten nur am Tage (also während der Arbeitszeit) durchführen. Verabreichte Arbeitszeit muß vom Unternehmer bezahlt werden. Unvorarbeitern ist der Lohnausfall im Abordnungsverhältnis Stundenverhältnis zu vergüten. (§ 24 BIRG.)

### Wahlenschriften.

Spätestens 20 Tage vor dem letzten Tage der Wahl (Stimmabgabe) hat der Wahlvorstand ein Wahlenschriften zu erlassen.

### Vorschlagslisten.

Jede Vorschlagsliste soll wenigstens — braucht es aber nicht — doppelt sowie wählbare Bewerber benennen, wie von der in Betracht kommenden Arbeitnehmergruppe (Arbeiter, Angestellte) Betriebsräte und Ergänzungsmitglieder zu wählen sind. Wenn nicht genügend

Kandidaten vorhanden sind, genügt es, nur so viel Kandidaten zu benennen, als aufgestellt werden können. Es ist zu nötig, daß eine Liste mit nur einem Kandidaten nominiert werden kann. (§ 5 der Wahlordnung.) (Folium, 12. Auflage, Anmerkung 2.)

Vorschlagslisten müssen von mindestens drei Wahlberechtigten, also 18 Jahre alten Personen, unterschrieben sein. Die Listenzeichner können Mitglieder des Wahlvorstandes, Betriebsratskandidaten und Mitglieder der noch bestehenden Betriebsvertretung sein. (§ 5 der Wahlordnung.)

## Unter Kontrolle der Massen!

### Ein roter Betriebsrat, der es in Wirklichkeit nicht ist

Von einem Textilarbeiter aus Landeshut erhielt das Bezirkskomitee Schlesien der RSD. eine Zuschrift. Da sie von großer Wichtigkeit ist, wollen wir sie ungeschminkt veröffentlichen:

Die Textilbarone des schlesischen Textilgebietes versuchen an uns Textilarbeitern einen 20-prozentigen Lohnabbau durchzuführen. Diese unverkämpften Forderungen stellen sie nur deshalb auf, weil die sozialdemokratische und christliche Gewerkschaftsbürokratie in allen Lohnkämpfen bis jetzt als die durchführenden Organe des Lohnraubs, für die Unternehmer auf den Plan getreten sind. Jahrelang verfolgte ich die Strategie und Taktik der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition. In allen Kämpfen war die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit ihren roten Betriebsräten die Organisatorin des Streiks gegen den Lohnraub. Sie war einzig und allein die Kraft, die für die Interessen der Arbeiter eingetreten ist und eintreten kann. Sehr oft habe ich gelesen, wo die roten Betriebsräte ganz entschieden gegen die Verwaltungen Stellung genommen haben und die Interessen der Belegschaft vertreten. Darum habe ich es begrüßt, daß das Zentralkomitee der kommunistischen Partei die Aufstellung von roten Betriebsräten in diesem Jahre eine noch größere politische Bedeutung beigemessen hat. Aber bei uns im Betrieb Methner, wo ich beschäftigt bin, haben mir auch Kommunisten im Betrieb. Einer von diesen, der Kommunist Wittig, ist sogar schon jahrelang Spitzenkandidat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsliste. Dieser Kommunist untersteht sich aber nach meiner Meinung ganz gewaltig in seiner Arbeit von der Arbeit der roten Betriebsräte, die sie in anderen Betrieben durchzuführen.

Er handelt genau so wie die sozialdemokratischen Betriebsräte.

Es gibt zwischen ihm und diesen Leuten absolut keinen Unterschied. Als ich ihn bei Gelegenheit frag, warum dieses Jahr keine rote Liste bei Methner aufgestellt wurde, erklärte er mir: „Für die freigewerkschaftliche Liste habe ich Kandidaten, aber für die rote Liste da habe ich keine.“ Es kommt mir so vor, als wenn der Kommunist noch ein treuer brauner Sozialfaschist ist, der seine langjährige Betriebsratsfähigkeit absolut nicht ausgenutzt hat, um die Belegschaft von Methner von der sozialdemokratischen Bürokratie loszulösen und unter der revolutionären Führung in der RSD. zu organisieren. Ich ersuche das Bezirkskomitee der RSD., mir eine Antwort zu schreiben, wie das kommt und ob ein Kommunist so handeln darf wie Wittig.

Auf das Schreiben dieses einigigen Arbeiters aber mir in aller Öffentlichkeit folgende Antwort: „Der Betriebsrat B., der, obwohl er bis heute noch Mitglied der kommunistischen Partei war, ist kein Kommunist, sondern seine Handlungen und seine Einstellung zu

der Aufstellung von roten Betriebsratslisten ist die eines Renegaten, von wo es nur noch einen kleinen Schritt ist bis in die Reihen der sozialfaschistischen Streikbrecherpartei. Daß der Kommunist W. jahrelang an der Spitze der Belegschaft stehen konnte, hat seine Ursache darin, daß die Parteizelle nicht genügend die Tätigkeit dieses Betriebsrats kontrolliert hat, sondern den Betriebsrat schalten und walten ließ, wie er es wollte. Die Belegschaft hat deshalb, weil die Parteizelle hier nicht der politische Motor und die Kontrollinstanz war, diesen Mann so lange gebuldet. Sofort muß die Parteileitung in aller Deutlichkeit vor der gesamten Belegschaft des Betriebes Methner in einer Belegschaftsversammlung diesen „Kommunisten“ zur Rechenschaft ziehen. Solche Betriebsräte haben in den Reihen der kommunistischen Partei nichts zu suchen. Scharfste Kontrolle durch die Parteileitung, der Betriebszelle über die Tätigkeit jedes Betriebsrates, scharfste Kontrolle jeder Belegschaft über die Handlungen der Betriebsräte bedeutet, daß sich ein solcher Fall nicht mehr wiederholen darf.

### Wer schlägt in Neusalz?

Zu der heutigen Periode haben die Betriebsrätemahlen eine ungeheure politische Bedeutung. Trotz dem verläßt die Parteileitung der Ortsgruppe Neusalz die Parole „Macht die Betriebe zu Hochburgen gegen den Faschismus“ dadurch in die Tat umzusetzen, daß sie, obwohl in Neusalz die Fabrik Gruschwitz mit 600 Arbeitern besteht, keinen Vorschlag unternehmen hat, um zu versuchen, für diesen Betrieb eine rote Liste aufzustellen.

Zu Hunderten haben die Arbeiter die streikbrecherischen Tariforganisationen verlassen. Sie haben kein Vertrauen zu den Sozialfaschisten und den offenen Faschisten. Mit Vertrauen sehen sie zu der RSD. und zur kommunistischen Partei als ihre einzige Interessenvertreterin gegen den sie bedrohenden Lohnraub. Daß die Arbeiter nicht genügend mobilisiert werden, nicht genügend in der revolutionären Klassenfront eingereiht sind, hat seine Ursache nur darin, daß die Parteileitung von Neusalz die Betriebsarbeit sehr ungenügend durchführt, nicht das Schwergewicht darauf legt, rote Betriebsräte als die Organisatoren des Streiks in der Fabrik Gruschwitz zu schaffen.

Hier zeigt sich das Nachhinken hinter den Arbeitermassen, der offene Opportunismus in der Praxis in aller Deutlichkeit. Die Parteimitgliedschaft muß unter Anwendung einer bolschewistischen Selbstkritik für die Arbeiterschaft von Neusalz eine Führung schaffen, die vor den Massen als Führung marschieren wird. Jeder Betrieb eine rote Hochburg gegen den Faschismus durch die Wahl von roten Betriebsräten! Organisation von Wirtschaftskämpfen — als wichtiges Kettenglied im Kampf gegen den Faschismus. Das sind die Aufgaben, die die Partei von Neusalz durchführen muß.



# Das Komplott der Konterrevolution

## Schluß der Anklagerede Krylenkos gegen die menschenwissentlichen Kriegsverbrecher

Wir sehen im folgenden die Veröffentlichung der Anklagerede des Genossen Krylenko gegen das Unionsbüro der Menschewiki fort. Der erste Teil der Rede erschien in unserer gestrigen Nummer.

Krylenko sagt die Tätigkeit des Unionsbüros folgendermaßen zusammen: In führenden Wirtschaftsinstitutionen, die sich mit den großen Fragen der Reorganisation der sozialistischen Wirtschaft, der Versorgung, der Kreditreform usw. beschäftigten, wurden konterrevolutionäre Schützengruppen gegründet, die mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln den sozialistischen Aufbau und die Planwirtschaft zu untergraben, dadurch eine Wirtschaftskrise hervorzurufen suchten, mit dem Ziel der bewaffneten ausländischen Intervention und des Sturzes der Sowjetmacht.

Diese Arbeit wurde von den genannten Gruppen in enger Zusammenarbeit mit den bürgerlichen konterrevolutionären Organisationen durchgeführt, die ihrerseits untereinander koordinierte, verräterische Spionagearbeit betreiben und ebenfalls die bewaffnete Intervention vorbereiteten. Die Arbeit des menschenwissentlichen Büros wurde von ausländischen und russischen emigrierten Kapitalisten aus dem sogenannten Handels- und Industriekomitee finanziert, das seinerseits mit den regierenden imperialistischen Kreisen Europas verbunden ist. Ziele und Termine der Intervention waren dem menschenwissentlichen Büro bekannt. Die Arbeit wurde aufs allerengste mit derjenigen anderer konterrevolutionärer Organisationen koordiniert, die hofften, durch Kulakenaufstände günstige Voraussetzungen der bewaffneten Intervention zu schaffen.

Die verräterische Schützengruppen- und Spionagearbeit wurde unter gutheißung und Führung der menschenwissentlichen Auslandsdelegation und mittels dieser durch die II. Internationale geleitet. Diese verräterische Arbeit wurde mit pseudo-sozialistischen Phrasen über Arbeiterinteressen durch Betrug und Lüge maskiert.

Die Sowjetunion führt gegenwärtig eine breit angelegte sozialistische Offensive. Die Sowjetunion ist stärker denn

je. Und schärfer, unverdäulicher denn je werden im sozialistischen Lande alle Kräfte der Reaktion der imperialistischen Räuber bekämpft, ihre Kulaagentur, ihre konterrevolutionären Organisationen aller Schattierungen, die Menschewiki indogreifen, ihre II. Internationale. Das Jahr 1931 ist für uns ein entscheidendes Jahr vom Standpunkt der Überwindung der Schwierigkeiten, des gewaltigen nie dagewesenen siegreichen Aufbaus des Sozialismus.

Die Interventionsgefahr ist durchaus nicht verzehunden. Wenn in diesem historischen Moment Leute, die das Vertrauen, das wir ihnen schenken, mißbrauchen und Schädlinge geworden sind, die sozialistische Offensive aufzuhalten und das Aufgebau zu untergraben versuchen, so können sie, auch wenn sie sich Sozialisten schimpfen, nicht anders als die früheren menschenwissentlichen Verräter behandelt werden, denen gegenüber Lenin die gleiche Behandlung empfahl wie gegenüber „den schädlichsten Elementen der weißgardistischen Konterrevolution“, d. h. sie unschädlich zu machen.

Anschließend gab Krylenko die von uns bereits gemeldeten Strafanträge bekannt, wobei er die konkreten Verbrechen der einzelnen Angeklagten schilderte.

## Das Weltproletariat kehrt auf der Wacht!

Genossen Richter: Unsere Aufgabe besteht darin, die weitgehendsten Selbstschutzmahnahmen zu treffen, die durch den sozialistischen Aufbau noch erfolgreicher, die Schwierigkeiten noch geringer, die Wehrtkraft des Landes stärker gestalten. Mögen, infolge eures Urteils, die doppelzüngigen Führer der menschenwissentlichen Auslandsdelegation und der II. Internationale, die die Angeklagten Provokateure nennen, mögen sie euch wieder wegen harten Urteils anstellen, der Arbeiterklasse der ganzen Welt können und müssen wir sagen, daß die breitesten Arbeitermassen in der Tat in 18 Jahren erlernt haben, die Sowjetmacht zu beschützen, für die Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur zu kämpfen.

Die breitesten Arbeitermassen müssen jenes Wort der Wahrheit hören, das ihr im Urteil sagen werdet, und diese Wahrheit muß durch diesen Prozeß, trotz aller Hindernisse, die durch den Imperialismus und die II. Internationale geschaffen werden, den Weg zum Bewußtsein und zum Herzen Tausender und Millionen von Proletariaten finden. So wird dieser Prozeß seine Rolle in der Stärkung unserer sozialistischen Aufbauarbeit einnehmen und einen Schritt auf dem Wege zum Siege der Weltrevolution werden. Ich bitte euch Genossen Richter, diesen Angeklagten gegenüber die größte Härte zu zeigen. (Stimmlicher, langanhaltender Beifall der Zuhörer.)

# Jenseits oder diesseits der Barrikade

## Die Verteidigungsreden und Schlußworte der Angeklagten im Moskauer Prozeß

Moskau, 8. März (Eig. Bericht). Die beiden letzten Sitzungstage des Prozesses gegen das Unionsbüro der Menschewiki waren ausgefüllt mit den Verteidigungsreden und den Schlußworten der Angeklagten. Sämtliche Angeklagten, soweit sie sich selbst verteidigten, bekannten noch einmal ihre Verbrechen, brandmarkten die Rolle der II. Internationale in der Vorbereitung des Interventionskrieges und erklärten sich bereit, den Rest ihres Lebens der aktiven positiven Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus zu widmen.

Nach den Schlußworten der Angeklagten zog sich das Gericht zur Beratung der Urteile zurück, die wir bereits veröffentlicht haben.

Moskau, 7. März. Die Sitzung beginnt mit der Rede Braudes, des Verteidigers von Wolkow, Teitelbaum und Finsjenatajewski. Unter Berufung auf die psychologischen Momente, die seine Mandaten auf die andere Seite der Barrikade brachten und auf ihre aufrichtige Reue, ersucht der Verteidiger das Gericht um ein milderes Urteil.

## Die 2. Internationale auf dem Wege der Intervention

Anschließend beginnen die Verteidigungsreden der anderen Angeklagten. Der Angeklagte Gromann erklärt u. a.:

„Wir vertreten die Interessen und die Ziele der Bourgeoisie. Wir müssen zugeben, daß der Menschewismus seinen historischen Tod nicht anerkennt, sich in eine Bewegung verpeilende Leiche verwandelt. Für die Sowjetmacht ist dies jonnentlar. Es gibt hier keine menschenwissentlichen Arbeiter mehr. Im Westen dagegen gibt es noch Arbeiter, die hinter den sozialdemokratischen Parteien stehen. Ich glaube, daß dieser Prozeß und jener Protest gegen die Lügen der deutschen Sozialdemokratie, den ich und andere Angeklagte erhoben haben, den tatsächlichen Inhalt unserer eigenen Schützengruppenarbeit, unserer Unterstützung der Konterrevolution

zum Sturze des Proletariats und der Sowjetmacht, unserer Vorbereitungen zur Intervention unter Beteiligung der Auslandsdelegation und der II. Internationale bloßstellt.

## „Jeder Menschewiki ein Feind der Arbeiterschaft“

Der Angeklagte Schar führt aus: „Jeder Menschewiki ist ein Feind der Werktätigen der Sowjetunion. Vom Sozialismus blieb bei den Menschewiki nur eines übrig: das Aushängeschild. Ich erkenne meine Schuld in vollem Umfang an und finde keine Rechtfertigung. Als ich während des Jarismus vor 25 Jahren wegen Teilnahme am Dezemberaufstand das Todesurteil erwartete, hatte ich genügend Mut, dem Tod ins Auge zu schauen. Ich muß zugeben, Bürger Richter, daß ich heute nicht diesen Mut habe. Ich in nicht den richtigen Weg gegangen. Im Gegenteil. Ich muß zugeben, daß jener Weg des Verbrechens, den ich beschritt, mich angeht des höchsten Strafmaßes, von dem der Bürger Staatsanwalt sprach, keineswegs mit Mut erfüllt. Ich bitte, mir zu ermöglichen, zum Nutzen der Sowjetunion zu arbeiten, in dieser oder jener Form. Ich bitte, schenken Sie mir das Leben!

Im gleichen Sinne halten die übrigen Angeklagten ihre Verteidigungsreden.

Der Vorsitzende erteilt hierauf Krylenko das Wort zur Replik.

Krylenko: Die Angeklagten haben genügend die Klassenatur und den politischen Charakter ihrer konterrevolutionären Arbeit enthüllt. Deshalb bleibt nur die richtige Formulierung dieser Einschätzung in der Sprache des Strafgesetzbuches übrig.

Der Vorsitzende gibt darauf den Angeklagten das Schlußwort.

Alle Angeklagten stellen noch einmal ihren politischen und theoretischen Bankrott fest und sprechen den Wunsch aus, den Rest ihres Lebens dem sozialistischen Aufbau und der Revolution zu widmen.

## Großer Betriebsratswahlerfolg bei der Prager Straßenbahn

Prag, 10. März. Bei den Wahlen zum Betriebsauschuh der Prager Straßenbahn ist den Roten Gewerkschaften zum ersten Mal ein gewaltiger Einbruch in die Positionen der Sozialisten gelungen. Die Rote Gewerkschaft konnte ihre Stimmenzahl von 377 auf 347 und ihre Mandatzahl von eins auf drei erhöhen.

Obwohl diesmal die Zahl der Wahlberechtigten und die Zahl der abgegebenen Stimmen größer waren, haben beide sozialistische Organisationen, die tschechischen Nationalsozialisten und die tschechischen Sozialdemokraten, an Stimmen verloren. Erstere verloren 129 Stimmen und ein Mandat, letztere 80 Stimmen. Auch die unpolitische Liste verlor 80 Stimmen und ein Mandat. Die tschechischen Faschisten gewannen 117 Stimmen, aber kein Mandat.

Während die Rote Gewerkschaft bei den letzten Wahlen als schwächste Fraktion hervorging, hat sie jetzt die dritte Stelle erobert. Wenn auch die beiden sozialistischen Listen zusammen immer noch über 15 Mandate verfügen, ist der Erfolg der Roten Gewerkschaft dennoch sehr bedeutend.

Die Mitteilung von dem kommunistischen Vormarsch bei den Prager Straßenbahnern wurde auf dem gegenwärtig stattfindenden Parteitag der KPdSU mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Delegierten stimmten spontan die Internationale an.

# Die Straße ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Kopiert bei Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

## 87. Fortsetzung.

„Wir sind noch nicht niedergeschlagen, und es wäre meiner Zufall gewesen, wenn jene zweite Verhandlung Erfolg gehabt hätte.“

Katais Gesicht sprühte Empörung. Yamaura schrie, was Katai sage, sei eine reine Verdrehung der Tatsachen. Die Diskussion war eher heftiger geworden. Vollends hatte die letzte Erklärung der Gesellschaft die oberste Streikleitung in zwei Lager gespalten:

„Die Gesellschaft wird ein Drittel der Streikenden nach ihrer Auswahl wieder aufnehmen. Den anderen zwei Dritteln wird sie nach einer an anderer Stelle veröffentlichten Berechnung das Entlassungsgeld auszahlen. Gleichzeitig ist die Streikorganisation aufzulösen.“

„Sowas von Blödsinn, wir lassen uns nicht verköhlen!“ schrie Ithijaka spontan. „Kämpfen, und wenn alle Streikenden entlassen werden!“

Aber Yamaura und die anderen wollten das nicht, sie dachten zuerst daran, wie elend die Lage dieser dreitausend Streikenden war.

„Wenn noch mehr erwerbslos werden, wird die Revolution nur beschleunigt!“ höhnte Terraihi die Feiglinge.

Die meisten waren durch diese Äußerung empört. Jetzt ging es auch nicht mehr um die letzte Mitteilung der Gesellschaft, jetzt kam der offene Gegensatz der Gefühle und Meinungen zum Ausdruck: Kampf gegen Olama oder Kampf gegen die ganze obere Klasse, Kampf um die Entlassenen und Ausgepörrten oder Kampf bis zur letzten Entschcheidung.

Aber auch Hagimura konnte dabei nicht ruhig bleiben. „Ob wir die Revolution beschleunigen oder nicht. Das Schlimmste ist jetzt der Hunger.“

„Du kannst so etwas sagen, weil du überhaupt noch nicht aus dem Schlafessen müdest!“ höhnte Terraihi weiter. „Entlassen heißt für uns hungern, das versteht ihr nicht, ihr Bongen!“

Diese Beschimpfung brachte Hagimura, ohne daß er es eigentlich wollte, ganz mit Terraihi auseinander. Er spürte außerdem seinen leeren Magen wie einen Eisblock.

Er war so wütend, daß er sich beinahe im Lauffschritt davonmachte. — Er war tief traurig, daß solche feigen Sklavengefühle in ihm waren, aber dieses Gerede von Terraihi, der sich, trotzdem er vielleicht mit am schlimmsten unter dem Hunger litt, so ohne Bedenken über sein Leiden und das Leiden der andern hinwegsetzen konnte, brachte ihn immer von neuem auf.

„Natürlich werden sie dazu bereit sein, aber wo sollen sie sich nachher vertriehen, diese dreitausend Erwerbslosen?“

Kurz vor der Ecke der Sahugaistraße ging er von der Gasse der Numagarage durch die Passage nach der Blinden- und Taubstummenschule auf dem Sakuranabhang, von wo es bis zu seinem Hause nicht mehr weit war.

Theoretisch hatte Katai natürlich recht, das mußte er selbst zugeben.

„Eist schlafen, dann noch mal überlegen.“ Er schüttelte den Kopf und ging rascher, um seine schlechte Laune zu verjagen. Es wurde schon heller.

Plötzlich, zuerst traute er seinen Ohren nicht: Feueralarm! Die Feuerklode rasselte.

„Ah, Feuer!“ rief er unwillkürlich und sah sich um. Fast zu seinen Füßen, mitten in dem schneebedeckten Stadtwinkel, stieg aus dem Gebäude der Daldo-Druckerei schwarzer, widdeln-der Rauch, vom Wind getrieben. Dann schoß wie eine Fontäne eine Feuerfäule hoch.

Er blieb stehen.

Die Feuerklode wehte andere, jetzt tönten von allen Seiten die Glocken und zerrissen die Dämmerung. Der schwarze Rauch füllte den Seminarwald in dicke Wollen, und das Schloß des Teufels, das die Straße ohne Sonne beherrschte, errant in den Flammen.

„Feuer, Feuer!“

Plötzlich waren seine Augen von Heiligkeit geblendet, wie in einer Eisenbahn, die aus dem Tunnel kommt. Er rannte den Abhang hinunter, seinen Hunger, seine Würdigkeit, seine Traurigkeit schüttelnd wie ein Kind.

## Das geheimnisvolle Genet II

Terraihi, der sich auf der Kajugastrasse von Hagimura getrennt hatte, stieg den Gokurufußabhang hinunter, wo er etwa zehn Minuten eher als Hagimura auf der gegenüberliegenden Seite am Haffuanabhang anlangte.

Er wohnte in der zweiten Etage des Büros der zweiten Abteilung der Gewerkschaft, der Wohnung Hagimuras gerade gegenüber; unten im Tal, zwischen ihnen, lag „die Straße ohne Sonne“.

Er war von kurzer, gedrungener Gestalt, tief krummer in einem alten Studentemantel herum und trug eine Brille für hochgradige Kurzsichtigkeit. Auf seinem Wege wurde er sonst häufig von den Polizisten aus den Schilderhäusern angerufen. Aber heute war, als er etwas ängstlich an diesen Kästen vorbeieilte, kein Beamter zu sehen.

Er ging rasch den Weg hinunter; plötzlich hörte er hinter sich Tritte und, als er sich erschrocken und vorsichtig umschah, kamen zwei uniformierte Polizisten aus der Wache und sahen hinter ihm her. Er sehte ohne sich umzusehen seinen Weg fort, achtele aber auf alles, was hinter seinem Rücken vorging. So entging ihm, daß rechts von ihm, über seinem Kopf, ein Mensch auf dem Gitter stand.

„Was?“ Er schrak auf, als plötzlich zwei Meter vor ihm ein Mann im europäischen Anzug vom Gitter herunter auf die Straße sprang. Der Mann stand eilig vom Boden auf, griff seinen herabgefallenen Hut und rannte an ihm vorbei den Abhang hinauf.

Das Benehmen des Mannes war merkwürdig, frech und verzogen zugleich. Terraihi dachte unwillkürlich, der Mann sei ein verkleideter Kriminal.

„Was hat das zu bedeuten?“ Hinter diesem Gitter, von dem der Merkwürdige herunterkam, befand sich ein kleiner, leerer Platz, auf dem erst vor kurzem fünf oder sechs neue Baracken gebaut worden waren. Früher, ehe das eiserne Gitter aufgestellt war, konnte man hier direkt in die Fabrik hineinschleppen. Er hatte es selbst einige Male gemacht, war in der Ritzzugspauze heraus und wieder herein-geschlichen.

„He, der Kerl ist aus der Fabrik gekommen!“ Eine böse Ahnung überkam ihn, aber er hatte Angst, sich umzusehen, er wußte, wenn die Polizisten ihn erkannten, würde er bestimmt sofort verhaftet, da man ihn schon einige Tage suchte.

(Fortsetzung folgt)



# Rund um den Erdball

Rußlandbrief eines seit 1903 organisierten Sozialdemokraten

## Ein alter Sozialist über „russische Sklavenarbeit“

Glänzendes Zusammenarbeiten von roten Direktor, Belegschaft und Gewerkschaftskomitee

... ist das heutige Rußland das reaktionärste Land der Welt.

(„Vorwärts“-Zeitung vom 10. März 1931)

### Ehemaliger Direktor der Tabakfabrik „Karl Marx“ über Sklavenarbeit

Moskau, 4. März

Werte Genossen! Das Geschrei in der westeuropäischen Presse über Zwangsarbeit in Rußland, möchte ich mit folgendem illustrieren: Ich folgte vor etwa 6 1/2 Jahren einer Einladung zur Arbeit nach Sowjetrußland. Man betraute mich dort mit der Leitung der Tabakfabrik und des Sägewerkes „Karl Marx“ in Markstadt an der Wolga. Als Direktor dieses Werkes hatte ich also ausreichend Gelegenheit, so recht die hier herrschende „Sklavenarbeit“ kennenzulernen. Dieselbe sieht folgendermaßen aus:

Bei Beginn des Geschäftsjahres ist der Direktor verpflichtet, sowohl in einer Belegschaftsversammlung, als auch in dem örtlichen Gewerkschaftskomitee sowie dem Parteikomitee einen Bericht über das verlossene Geschäftsjahr und die Aussichten über die weitere Entwicklung des Werkes zu geben. In diesem Bericht müssen enthalten sein: a) Was wurde im verlossenen Jahre beschlossen?, b) in wie weit wurden die Beschlüsse seitens der Werkleitung durchgeführt, c) die geschäftlichen Ergebnisse. Für das neue Geschäftsjahr muß dann eine schriftliche Kalkulation vorgelegt werden, die der Direktor mündlich zu erläutern hat. Das Fabrikkomitee, also der Betriebsrat, prüft den Bericht nach und gibt auch seinerseits durch ein Korreferat auf der Betriebsversammlung eine Abrechnung. Die Versammlung ihrerseits stellt nun ihre eigenen Forderungen auf und korrigiert, wenn erforderlich, die im Voranschlag vorgesehenen Leistungszahlen der einzelnen Betriebsabteilungen. In gleicher Form wird der Geschäftsbericht auch von den anderen Anlagen behandelt. Die Beschlüsse der Belegschaftsversammlungen sind für die Verwaltung bindend. Mindestens nach je drei Monaten muß sich die Geschäftsleitung vor der Belegschaftsversammlung verantworten, desgleichen vor dem Gewerkschaftskomitee. Sind irgendwelche Beschlüsse nicht erfüllt, so muß der Beweis erbracht werden, aus welchen Gründen das nicht geschah. Liegt Interesslosigkeit vor, so ist das gleichbedeutend mit Absetzung des Direktors. Wird aber böser Wille festgestellt, so hat das proletarische Gericht das Wort. Dort schützt auch kein Parteibuch den Schädling. In einem pflichtvergessenen Parteimitgliede würde die Strafe noch härter treffen.

### Die „Sklaven“ feiern ihren „Antreiber“

Es war Anfang 1926. Seitens des Vollzugskomitees wurde mir als Leiter des Werkes mitgeteilt, daß ich die Löhne der Arbeiter widerspruchslos um 10 Prozent zu erhöhen hätte. Ich selbst hatte in dem Betriebsplan 6 Prozent vorgelesen. Höher glaube ich nicht gehen zu dürfen, wenn ich nicht das Risiko eines Defizits auf mich nehmen wollte. Zum Unglück für uns „armen Werkleiter“ wurde noch der Verkaufspreis unserer Produkte seitens der Zentralregierung herabgesetzt. Aber die Rohstoffpreise blieben. Also hieß es nochmals die gesamte Kalkulation durchzuarbeiten, und geschrien und immer noch einmal geschrien, wo es nur irgend möglich war. Das Resultat war aber und blieb ein Defizit. Dieses Ergebnis teilte ich der Betriebsversammlung mit. Und deren Beschluß war: die zehnprozentige Lohnerhöhung ist beschließen, sie bleibt! Durch innere Maßnahmen muß eben versucht werden, das Defizit zu vermeiden. Dann gab ich noch einige Vorschläge bekannt, wie es möglich sei, das Defizit zu verringern. Aber ich glaubte selbst nicht so recht an das Gelingen.

Nach ungefähr fünf Monaten konnte ich der Betriebsversammlung mitteilen: Genossen, wir werden in diesem Jahre nicht nur kein Defizit haben, sondern sogar einen nennenwertigen Gewinn! Kaum hatte ich den Satz beendet, als alle Arbeiter wie elektrisiert von ihren Plätzen sprangen und ihre Mägen hoch in die Luft wirbelten. Im Nu wurde ich von einigen Arbeitern gefaßt und im Nu schwebte ich zwischen Himmel und Erde, ein paar mal rauf und runter. Die Freude der Versammelten war unbeschreiblich. Die Schande der Defizitwirtschaft war abgewendet.

Seit, in dieser Freude am eigenen gesellschaftlichen Schaffen liegt das Geheimnis des schnellen wirtschaftlichen Aufstiegs Sowjetrußlands. Und da kommen Böswillige und faheln von der „Sklavenarbeit in der Sowjetunion“. Lächerlich...

### „Hundsgemeine Methoden, um den Nörglern das Maul zu stopfen“

Vor drei Jahren bin ich nach Moskau versetzt worden, um dort in meinem Spezialfach zu arbeiten. Jetzt „nörgele“ auch ich an meinem Trustdirektor, an der Leitung der höchsten Baubehörde, ja sogar an der Regierung, und zwar nicht immer im Salon. Aber die Kerle verklagen uns nicht wegen Beleidigung, sondern sind viel gemeiner: sie laden uns „Vorleser zum Vortrag, erheben sogar unsere „Nörgele“ zur Gesetzesverfügung. Und wenn es ganz schlimm kommt heißt es brutaler Weise: „Genosse, dein Vorschlag ist glänzend. Du wirst sofort von deiner jetzigen Arbeit befreit, um die Ausföhrung deines Vorschlages persönlich überwachen zu können“. Wenn ich mich nicht irre, nennt man das in Deutschland: „Tötung der Initiative der geistig Schaffenden“. Als ich diese Aeußerung zum erstenmal las, es war während des Kampfnprozesses, kam ich gerade von einer Sitzung, einberufen von russischen Ingenieuren, in der wir uns über die Landesplanung Sowjetrußlands aussprachen. Städteplanungen gibt es überall in der Welt. Die Planung des Landes dagegen kann nur dort vorgenommen

werden, wo eine Planwirtschaft herrscht und das ist nur in Sowjetrußland der Fall. Dies zum Kapitel „Verflawung der geistig Arbeitenden“.

### Als Sozialdemokrat fand ich keinen Ausweg...

In Deutschland hatte ich oft innerhalb der sozialdemokratischen Partei, deren Mitglied ich seit 1903 war, oftmals über den Weg des Ausgleiches der Widersprüche zwischen Land- und Industriearbeitern diskutiert. Ich, sowie meine Genossen, fanden aber keinen konkreten Ausweg. Hier in Sowjetrußland aber wird diese Frage nicht mehr diskutiert, sondern man schreitet zur Liquidierung dieser unnatürlichen Klassentrennung durch Schaffung von Sowjet- und Kollektivglütern. Vor mir liegen zur Zeit die ersten Entwürfe für Kollektivglüter. Ackerbaustädten von 5 bis 20 000 Einwohnern. Die Wohnhäuser er-

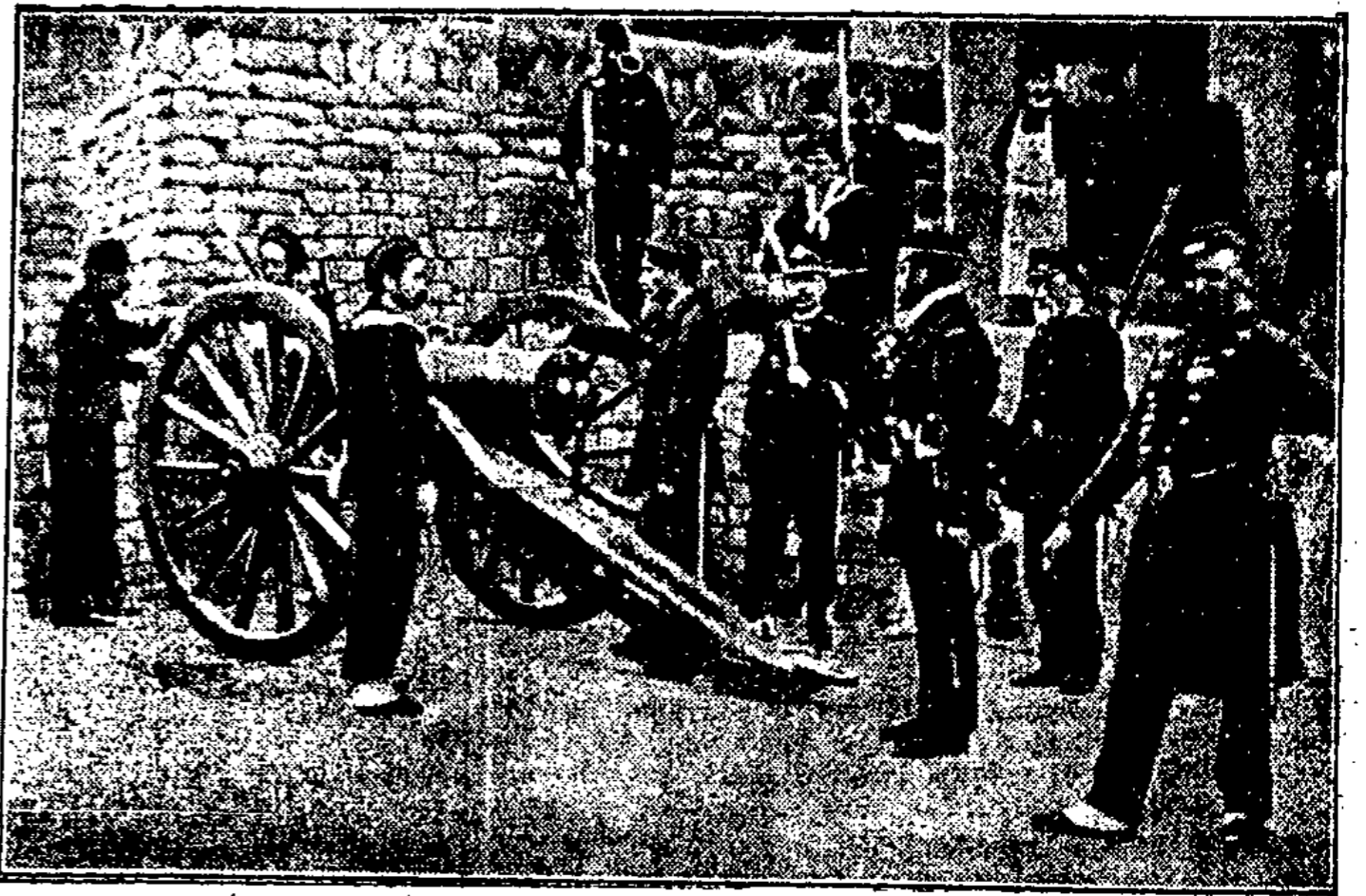
halten sämtlich Wasserversorgung, Kanalisation, Zentralheizung und elektrisches Licht. Es sind vorgezehen Schulen, Kindergarten und -Krippen, Klubs und Kinos, Landwirtschaftliches Laboratorium und eine Landwirtschaftliche Hochschule. Diese Projekte sind aber beseitigt keine Zukunftsmusik, sondern Ausführungszeichnungen, nach denen in unserem Bize die sanitären Anlagen dieser Ackerbaustädte entworfen werden. Arme bedauernswerte Kleinbauern und Ackerknechte! Ihr dürft nun nicht mehr von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang schuften! Ihr werdet nun zwangsweise gepreßt, euch kulturell bilden zu müssen. Und bald wird das „Unglück“ da sein, wo in euren Reihen keiner mehr des Lesens, Schreibens und Rechnens unfähig ist! Und diese Zwangsmassnahmen alle zusammen nennt die bürgerliche und sozialdemokratische Presse: „Verflawung des russischen Volkes“.

Reinhard Brandt

Moskau 1. Kapitelstrij Pereniol Nr. 9, Quartier 124

### Zum 60. Jahrestag der Pariser Kommune

„Die Pariser Kommune war der erste weltgeschichtliche Schritt oder die erste Etappe in der Entwicklung der Diktatur des Proletariats. Der zweite Schritt ist die Sowjetmacht.“ (Lenin, 1919.) Mit zum Teil bisher unveröffentlichten Originalphotos und einer Reihe vorzüglicher Beiträge feiert die beste Arbeiter-Illustrierte-Zeitung der Welt, also die „AIZ“, in einer Sondernummer die Pariser Kommune. Darum: In Jedes Arbeiterhaus die „AIZ.“!



Überall fordert Mörder Hunger seine Opfer

## Drei Schwestern springen in die Donau

Die Angst vor der drohenden Arbeitslosigkeit trieb sie ins Wasser

Budapest, 10. März. Am Montag mittag sprang die in ihrer Stellung gekündigte Privatbeamtin Irene Rosenberg in die Donau. Sie konnte zwar geborgen werden, starb aber während des Transports ins Krankenhaus.

Bald danach kam die Meldung, daß die Leiche einer Frau aus der Donau gefischt sei. Später stellte sich heraus, daß es die Schwester der Irene Rosenberg, die Verkäuferin Elisabeth Rosenberg ist. Aus einem hinterlassenen Schreiben ging hervor, daß auch sie wegen drohender Arbeitslosigkeit den Selbstmord begangen hatte. Am Abend erschienen die Angehörigen der beiden Ertrunkenen auf der Polizeistation und meldeten, daß auch die dritte Schwester ebenfalls verschunden ist. Man befürchtet, daß auch sie, wie ihre beiden anderen Schwestern, in selbstmörderischer Absicht in die Donau gesprungen ist.

### Verzweiflungstat mit Dynamit

Französischer Bergmann versucht sich und seine Familie in die Luft zu sprengen

Paris, 10. März. Aus Gap, in den französischen Alpen gelegen, wird ein entsetzliches Familiendrama berichtet. Dort versuchte ein Bergarbeiter, angeblich in einem Anfall von „Schwermut“, sich selbst und seine aus 10 Personen bestehende Familie mit Dynamit in die Luft zu sprengen.

Aus seiner Grube hatte er etwa ein Duzend Dynamitpatronen nach und nach mit nach Hause gebracht. Hier davon steckte er in seine Tasche, die übrigen sechs legte er auf den Tisch. Während nun seine Familie schlief, brachte der Bergmann eine Patrone zur Explosion. Zum Glück für die vielköpfige Familie entzündete sich jedoch nur diese eine Patrone. Ihm selbst wurde die linke Hand abgerissen und ein Auge zerstört. Seine Frau erlitt schwere Verletzungen an der Brust, zwei Kinder wurden in ihren Betten getötet. Die anderen kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

### 10 000 ohne Wohnung auf Mauritius

Furchtbare Folgen des Wirbelsturms

London, 10. März. Infolge des heftigen Wirbelsturmes, der die englische Insel Mauritius heimgesucht, sind rund 10 000 Menschen obdachlos geworden. Es herrscht ein furchtbarer

Mangel an Lebensmitteln. Zur Zeit werden die trümmerbedeckten Straßen und die zerstörten Brücken in aller Eile wieder hergestellt, um zunächst einmal Lebensmittel in die schwer heimgesuchten Distrikte senden zu können.

### Grimmige Kälte in England

8 Personen erfroren — Schiffe in Seenot

London, 10. März. Aus ganz England und Schottland werden starke Schneeverwehungen gemeldet, die in allen Teilen des Landes zu zahlreichen Verkehrsstörungen geführt haben. Ferner werden acht Todesfälle berichtet, die teils direkt auf die Kälte, teils auf sonstige Unglücksfälle in Verbindung mit dem grimmigen Frost zurückzuführen sind.

Eine gewaltige Sturzsee schlug über das Vorkeschiff des 20 000-Tonnen-Linard-Dampfers „Laconia“ und spülte zwei Mann über Bord. Dasselbe Schicksal erlitt ein Fischdampfer bei den Orcan-Inseln. Eine große Anzahl von Dzeandampfern erlitt starke Verspätungen.

### Neue Erdstöße auf dem Balkan

8 Dörfer vollkommen zerstört

Belgrad, 10. März. Im Laufe des Montag wurde das Erdbebengebiet von Südserbien erneut durch mehrere Erdstöße heimgesucht. In der Banatsverwaltung Nestub wurden allein acht Dörfer vollständig zerstört.

Die bei Strumica auftretenden Erdrisse haben sich bis zu einer Breite von 50 Metern erweitert. Auf jugoslawischem Gebiet sind insgesamt 2 000 Häuser eingestürzt. Im Laufe des Montags wurden weitere 35 Tote und über 80 Schwerverletzte geborgen.

### Wieder Erdbeben in Neuseeland

In dem Erdbebengebiet von Kapier in Neuseeland wurde ein neuer heftiger Erdbebenstoß verspürt. Es ist dies der dritte seit dem großen Erdbeben im vergangenen Monat. Eine Reihe von Mauern sind eingestürzt. Der letzte Rest der Bevölkerung hat Kapier verlassen und weigert sich entschieden, jemals zurückzukehren.

Beantwortlich: Karl Preibner, Berlin G 26, Al. Alexanderstraße 28



# Breslau

## Am den Lohn der städtischen Arbeiter

Wahl macht Verwirrungsmanöver — Kollegen, nehmt die Organisierung des Abwehrkampfes selbst in die Hand!

Der Gesamtverband der Breslauer städtischen Arbeiter zu einer Besammlung auf, in der zu dem bekannten Lohnausgleichspruch Stellung genommen wurde. Blant teilte mit, daß die Sozialdemokraten im Magistrat sich für die Annahme des Schiedspruches eingesetzt hätten. Das heißt: die Breslauer sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer, und zwar die „Linken“ sowohl wie die „Rechten“, traten für den Abbau der Löhne der städtischen Arbeiter um 8 Prozent ein. Die Mehrheit des Magistrats lehnte jedoch den Schiedspruch ab. Blant empfahl den Kollegen, den Schiedspruch nicht anzunehmen und sich an die Reichsschiedsstelle in Berlin zu wenden. Diesem Vorschlag wurde ohne Diskussion stattgegeben.

Städtische Arbeiter, die Entscheidung über die Frage, ob eure Löhne abgebaut werden oder nicht, liegt in eurer Hand. Wenn ihr euch ausschließlich auf Blant und die ihm ergebenen Funktionäre verläßt, so werden die Löhne bestimmt abgebaut und die Arbeitslosigkeit ohne Lohnausgleich vergrößert werden. Der Lohnabbau kann nur im Kampfe abgewehrt werden. Den Kampf müßt ihr selbst unter Führung der R.O. organisieren! Haltet Versammlungen ab! Wählt Kampfausschüsse! Organisiert den Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub!

## Marxistische Arbeiterschule

Heute 18 Uhr im Lokal Mosler, Uferstraße 20, beginnt eine allgemeine Arbeiterschule über das Programm der R.P. Gebühr 5-10 Pf., je nach Teilnehmerzahl. Anschließend Referentenkurse.

Donnerstag, den 12. März, beginnen im Lokal Mosler, Uferstraße 20, zwei Kurse über Russisch, da sich eine große Anzahl Teilnehmer angemeldet hat. Einladungen gehen besonders aus. Um 20 Uhr Abenda Fortsetzung des Kurses: Hygiene, Sexualfragen und Arbeiterschule. Teilnehmer können sich noch melden! Gebühr für den gesamten Kursus von noch fünf Wochen 60 Pf., die in Raten abgezahlt werden können. Einzelabend-Gebühr 15 Pfennig.

## „Behn Tage, die die Welt erschüttern.“

Wir weisen nochmals auf diesen gewaltigen Kassenfilm von S. M. Eisenstein hin. Der Film läuft am kommenden Sonntag, dem 15. März d. J., 10 Uhr, im Rahmen einer Veranstaltung der Besucherzettel-Organisation der Jsa im Zentraltheater, Westendstraße Nr. 50/52. Eintrittspreise: 30 Pfennig für Erwachsene, 15 Pfennig für Vorkasse, in den Vorverkaufsstellen und an der Theaterkasse. — Wir empfehlen den Besuch dringend.

## Achtung, Haupt- und Unterkassierer!

Am Donnerstag, dem 12. März, 10.30 Uhr, findet im „Gelben Löwen“, Oberstraße 23, eine Unterkassierer-Sitzung statt, in der über die KassierereArbeit sowie über die Politisierung des Kassierer-Apparates gesprochen wird. An dieser Sitzung müssen neben den Organeleitern, den Hauptkassierern, sämtliche Unterkassierer des Stadtteils teilnehmen. — Bezirksleitung Schleien. Abt. Kasse.

## Gewerkschaftshaus-Kino

Das Schiff der verlorenen Menschen — Ironie der Leidenschaft. Das Gewerkschaftshaus-Kino zeigt diese Woche wieder zwei interessante Spielfilme. Der eine „Das Schiff der verlorenen Menschen“, wurde mit den Künstlern Fritz Kortner, Marlene Dietrich gedreht. Kulissenhaft ist die moderne Technik, Ozeanflugzeuge, Riesendampfer als Träger einer sensationellen Handlung gewährt. Das Thema — Doch warum vorgreifen. Der Film mit seiner bildlichen Sprache erzählt und berichtet besser als das geschriebene Wort. Der zweite Film, „Ironie der Leidenschaft“, behandelt einen Roman von Leo Tolstoi und zeigt, daß auch die russische Filmkunst bürgerliche Einzelschicksale zu gestalten versteht. — Auf der Bühne wird diese Woche ein Musikant als Zauberkünstler und als Baustreber die Besucher in Erstaunen versetzen. Die Wochenchau vervollständigt außerdem noch das Programm. Die Eintrittspreise sind 25 und 50 Pfennig, alles andere aus den Inseraten.

## Stadttheater

„Madame Sans-Gêne.“ In der vorigen Woche fand die deutsche Aufführung dieser italienischen „Oper“ von Umberto Giordano statt. Das Textbuch wurde nach einem Schauspiel und einem Roman verfertigt. Es scheint, wenn man diese „Dichter“ für einen Moment ernst nimmt, als ob die Revolutionen der Vergangenheit sich nur bewegen ereignet haben, um Stoff für kitschige Opern und Operetten zu liefern. In „Madame Sans-Gêne“, die den sozialen Aufstieg einer Wäscherin zum Thema hat, kommt z. B. Napoleon vor. Die Theaterbesucher lernen ihn als eifersüchtigen Ehegatten und verlebten Burlesken kennen, banale Verimpelung einer historischen Persönlichkeit, die so leicht nicht unterboten werden kann. Perspektivische eines müßigen Kleinbürgertums, bedauerlich verkauft. Die Besucher fühlen sich in diesem Milieu wohl. Kein Wunder: gleich und gleich gesellt sich gern. — Wer die Musik. Wo sie doch die Hauptsache bei der Oper... Ja, die Musik. Einmal ein hübsches Oper und dann wieder Operette, einmal dramatischer Stil, dann wieder mit komischen Elementen durchsetzt. Ueberall eifrig und sorgfältig zusammengelassen, teils gut nachempfunden, teils geschickt entlehnt. — Der Publikums-erfolg der Oper ist vor allem der Hauptdarstellerin Erika Darbova zu verdanken, die die Rolle der Wäscherin und nachmaligen Herzogin belebte, ja ihr überhaupt erst Leben gab. Neben ihr verblissen die Leistungen der anderen. — Das Publikum, durch die Scherze und lachen Späße etwas ermuntert, nahm das Spiel teils freundlich, teils herzlich begeistert auf. — II.

## Lobetheater

„Die Räuber“ von Friedrich von Schiller. Herr Barnay hat das wichtige Jugendwerk Schillers dramaturgisch bearbeitet und man kann feststellen, daß es in dieser Bearbeitung den Zuschauer unmittelbar packt und mitreißt. Über diese Wirkungen gehen im wesentlichen von der genialisch beherrschten Form und der plastischen Sprachgewalt des Schauspiels aus, denn die Probleme, die Schiller künstlerisch gestaltet hat, erscheinen uns seit Karl Marx in einem anderen Sinne gelöst, als sie der idealistische Schwärmerei Schiller bedeutet hat, der sich ja überhaupt bemühte, jedem in einem moralischen Sinn zu geben. Darum glaubt man auch bei einigen Längen des Stückes förmlich das deklamatorische Pathos des Professors Kühnemann, dieses

# „Gebt den Armen keine Wohnung!“

## Eine brutale Maßnahme des Magistrats — Arme Menschen sollen in Breslau keine Wohnung erhalten

Die Pressestelle des Magistrats stellt uns nachfolgende Zuschrift zur Veröffentlichung:

„Die in letzter Zeit durchgeführte Nachprüfung des Wohlfahrtskatasters hat ergeben, daß die Stadt Breslau durch den überaus starken Zugang von hilfsbedürftigen Personen schwer belastet wird. Dem entgegenzuwirken muß mit allen nur denkbaren Mitteln angestrebt werden. Bei den Erwägungen über die zu treffenden, zweckmäßigsten Maßnahmen ist der Gedanke aufgetaucht, sich der

### Mithilfe der Hausbesitzer

zu bedienen. In einer Besprechung, die dieser Tage zwischen den Vertretern der Hausbesitzerverbände und des Wohlfahrtsamtes stattgefunden hat, wurde diese vom Magistrat ausgehende Anregung lebhaft begrüßt. Die anwesenden Hausbesitzer erklärten sich namens ihrer Verbände in voller Einmütigkeit gern dazu bereit, alles zu tun, was in ihren Kräften steht. Aber auch zahlreiche Wohnungsinhaber könnten ihrerseits viel zur Erreichung der Absicht des Magistrats beitragen, wenn sie bei Untervermietung von Räumen darauf achten wollten, daß sie nicht solchen Personen den Aufenthalt in Breslau ermöglichen, die hier keine Aussicht auf Erwerb haben

und über kurz oder lang dem Wohlfahrtsamt zur Last fallen müssen. Hierbei ist noch besonders zu berücksichtigen, daß der Zugezogene nicht in jedem Falle von vornherein unterstützungsbedürftig zu sein braucht; es kann auch sein, daß er für einige Wochen oder Monate Arbeit hat, dann aber das Wohlfahrtsamt in Anspruch nimmt. Von dem Ausgange der Besprechung läßt sich erwarten, daß zum mindesten die Hausbesitzer mit allem Nachdruck darauf achten werden, wer in ihr Haus zieht, und daß sie ihre Zustimmung für das Einmieten von auswärtigen unermittelten und solchen Personen verweigern werden, bei denen der Verdacht einer in absehbarer Zeit eintretenden Hilfsbedürftigkeit vorliegt. Um ein möglichst umfassendes Zusammenarbeiten zu gewährleisten, richtet der Magistrat an die Hauseigentümer die dringende Bitte, künftig von allen Fällen, in denen es sich um den Zugang von auswärtigen Personen handelt, dem Wohlfahrtsamt umgehend Mitteilung zu machen.“

Das Schreiben des Magistrats ist deutlich, eines Kommentars bedarf es nicht. Wie sagte doch Heine: ... Recht zum Leben haben, die nur etwas haben; wenn du aber gar nichts hast, Lump, dann lasse dich begraben...“ Alle Mann aufgepaßt, damit mit dieser „Ordnung“ bald Schluss gemacht wird!

# Heute marschieren die Jugend!

Jungarbeiter, heraus zur Rundgebung der werktätigen Jugend gegen den Faschismus! Heute 20 Uhr im Westpark. Die Stadtteile rücken geschlossen ab. Nord: 19 Uhr Weisenburger Platz. Scheitnig: 19 Uhr Paulschulplatz. Ost: 19 Uhr Brodauer Platz. Süd: 19 Uhr Friedrichstraße Ecke Gräblichener Straße. Zentrum: 19.30 Uhr Wallstraße Ecke Königsplatz. West: 19.30 Uhr Striegauer Platz.

## Der Vertreter der Jungwerkstätigen im Reichstag. A. Becker, MdL.

spricht am Freitag, dem 13. März, 20 Uhr, im „Vergleiser“, Kleischaustraße, über „Wahlrechtsraub, Arbeitsdienstpflicht und Massenelend der Jugend“. — Mobilisiert das Jungproletariat!

## Die gestrige „Löbe“-Versammlung

Die Versammlung der SPD. „gegen den Faschismus“, in welcher Löbe sprach, war im „Schleierverder“ überfüllt, so daß eine Parallelversammlung im „Vergleiser“ einberufen wurde. Die Versammlungsteilnehmer bekamen von Löbe eine mehr oder weniger richtige Charakterisierung der Führer der Nationalsozialisten bzw. ihrer Weltanschauung. Eine marxistische Stellungnahme zu den Gedankengängen des Faschismus fand nicht statt. Die Versammlung bekam nicht ein Wort zu hören, wie der Kampf gegen den Faschismus geführt werden muß. Das konnte Löbe den Versammlungsbesuchern nicht sagen, weil in beide — die National- und Sozialfaschisten — Stützen des Kapitalismus sind, die untereinander lediglich Meinungsverschiedenheiten über die Regierungsmethoden der kapitalistischen Klasse haben, wobei jeder der bessere Diener des Kapitals sein will, und somit den größeren Anspruch auf Futtertruppen erhebt. Die Versammlungen schlossen sehr zeitig, ohne daß sich im „Vergleiser“ Diskussionen gemeldet hatten. Der Beifall nach den Ausführungen Löbes war sehr gering, man konnte allgemein eine Enttäuschung beobachten.

Wagt den Jugendgenossen Quartier! Für die am Sonntag, dem 15. März, stattfindende Bezirkskonferenz des SPD. werden noch etwa 100 Quartiere für die Nacht von Sonnabend zu Sonntag gesucht. Wir bitten alle Genossen und Sympathisierenden, die in der Lage sind, ein Quartier zu stellen, dies in der W. des SPD., Antonienstraße 10 (Werner Hellmann), zu melden.

## Wo bleibt der zweite Mann?

das ist die Werbeforderung der SPD. für 1931. Das wird eine Pleite! Wo bleibt der zweite Mann des Kommunisten — der SPD.-Arbeiter, der von jedem Parteimitglied für die SPD. gewonnen werden muß? Das muß erreicht werden!

Stadtverordnetenversammlung — Kompol-Abteilung. Heute 10 Uhr Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und Kompol-Abteilung. Die Vertreter der Stadtteile haben zu der Sitzung mit zu erscheinen. Die Sitzung findet Trebnitzer Straße 50 statt.

Stadtteil West. Donnerstag, 18.30 Uhr, Annen oder Droganstationen und Leiter der „Arbeiter-Zeitung“ zur kombinierten Mitgliederversammlung bei Hoffmann, Pöpselstraße 15/17. Jahresbeitrag ist verpflichtend, einen Bekannten mitzubringen. Beginn 20 Uhr.

Rote Hilfe West. Heute 20 Uhr im Zentralbassin, Westendstraße, öffentliche Versammlung der Roten Hilfe. Mitglieder aller Organisationen sind eingeladen.

## Trebnitz

### 28 Mark pro Tag!

A. A. In einer Diskussion meinte der Gewerkschaftsangehörige des Baugewerksbundes Herr König, daß man mit 20 Mark in der Woche sehr gut auskommen könne, da hätten die Erwerbslosen keinen Grund auf die Straße zu gehen und gegen den Hunger zu protestieren. Auf diesem Anspruch kann man erweisen, wo die Gewerkschaftsangehörigen bereits angelangt sind. Sie treten nicht für Lohnrechnung, sondern für Lohnabbau ein und reden, wie es ein Unternehmer nicht fester könnte. Allerdings kann Herr König auch anders. Als er zur Reichskonferenz war, da war er mit vier Mark nicht zufrieden, sondern erhielt 28 Mark pro Tag und freie Fahrt. Und was hatten die Delegierten getan? Das schönste war ungewissheit die Fahrt auf dem Rhein. Davon mußten sie sehr viel zu erzählen. Arbeiter, reißlos hinein in die R.O.!

## Briefkasten

Gnaae-Druckerei. A. M. Brief erhalten. Selbstverständlich wird dein Name Redaktion gegenüber geheimnis bleiben. Wir bitten nochmals, in der Redaktion vorbeizukommen.

## Thalia-Theater

„Die spanische Fliege.“ Die Herren Franz Arnold und Gundlach sind als Fabrikanten und Lieferanten von Schwämmen zu bekannt, als daß man sie noch besonders erwähnen müßte. Wie in den anderen von ihnen em laufenden Band hergestellten Stücken, so lebt auch die „Spanische Fliege“ nur von einer Voraussetzung, der Verwechslung, des Irrtums. Das Publikum lacht sich drei Meile lang durch die aus ihr entstehenden Komplikationen, bis sich ein happy end die Paare gerührt in die Arme sinken. Ein dünner Stoff, der breitgewalzt worden ist. Detlevener Quark wird immer freier und räumlicher. Vier junge Leute und ein halbes Duzend Eltern und Verwandte, größtenteils in Eitelkeit oder Neugier nachgehend. Der Herr Hofschreibant Klinker hatte vor einem Vierteljahrhundert mit einer Tänzerin, der spanischen Fliege, einmal Abenteuer geoffen. Nun zählt er schon 24 Jahre lang die Alimant. Und als ein von seiner Frau beschallter junger Mann erscheint, der die Tochter des Hauses ehelichen soll, hält Klinker ihn für den illegitimen Sprößling. Davon lebt das ganze Stück. Ebenso wie der derd kaherpolternde Klinker, sind auch die übrigen Personen als Typen mit handfesten Strichen gezeichnet: der Reichstagsabgeordnete, die Stillehüterin und die anderen Verwandten. Zum Schluß ist alles in Wohlgefallen auf. Eine Harmlosigkeit, die den Namen „Stück“ gar nicht verdient und wohl nur in den Spielplan aufgenommen wurde, um die Kasse zu füllen.

Alfred Scherzer als Hofschreibant und Moja Sering als „Stillehüterin“ holen sich außer dem jungen Carl Strehlen, der als gemütlich kichelnder Physiologe eine Sonderrolle verdient, den größten Erfolg. Herr Grüters ist etwas zu poltrig. Ausgeglichenere Alfons Finl und Alfred Habel. Ferny Schramm und Toni Müller, die beiden Bräute, fallen nicht sonderlich auf. — II.

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, für Breslau: Baldenburger Bergland, Niederschlesien: Wilhelm Biemald, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Preßner, Berlin. Für Inserate: Carl Gansdorf, Breslau. Druck: „Fortschritt“, R.O., Gültke Breslau.



# Waldenburger Bergland Leichen-Vietzsch als Spalter des Freidenkerverbandes

## Er will Polizei zu Hilfe rufen — Ein übler Postenjäger der SPD. als Provokateur

Freiburg. Nachdem am 25. Januar in der Generalversammlung der Ortsgruppe des hiesigen Freidenkerverbandes eine oppositionelle Druckschrift gewährt worden war, diese aber nicht bekräftigt wurde, nahm am 7. März eine von der Bezirksleitung einberufene Generalversammlung zu dieser Angelegenheit Stellung.

Leichen-Vietzsch war in eigener Person erschienen, um mit „Er“ sagte, „Ordnung“ zu schaffen. Eine Debatte über die Geschäftsordnung leitete Vietzsch glattweg mit der lakonischen Bemerkung ab: „Ich lasse mich nicht palinestrieren.“ Auf diese gemeine Provokation setzte eine wohlüberlegte Obstruktion ein. Die oppositionellen Genossen stellten ihre Rufe nach einer Geschäftsordnungsdebatte nicht ein. Vietzsch glaubte dieser Obstruktion dadurch Herr zu werden, daß er kurzerhand einige oppositionelle Kollegen aufforderte, den Saal zu verlassen. Als sein Kommando nicht beachtet wurde, erinnerte er sich daran, daß ja sein Freund Severing über eine Karte verfüge, die im „Notfalle“ sogar mit sogenannten „härteren Waffen“ gegen rebellierende Proleten eingesetzt werden kann. Und so dekretierte Leichen-Vietzsch:

„Wenn jetzt keine Ruhe eintritt, dann lasse ich Polizei holen!“ Als auf der einen Seite allgemeine Heiterkeit diese „heißtische“ Verhängung belohnte, auf der anderen Seite „Bravo“-Rufe erklangen, kam er in große Verlegenheit und entschloß sich dann „großzügig“, dem Redner der Opposition zehn Minuten Redezeit zu gewähren.

Als erster nahm darauf unser Genosse Rutsche das Wort. Er rechnete mit der Konföderationspolitik der Sievers-Vietzsch und Konföderation gründlich ab und wies nach, daß lediglich aus dieser Erwägung heraus die Ortsgruppe Freiburg sich eine oppositionelle Stellung gewählt hatte. Ihm folgte unser Genosse Langer, der es ebenfalls ausgezeichnet verstand, das wahre Gesicht dieser verkappten Bundesgenossen der gehorchen und geschicktesten Pfaffen anzuzeigen. Unter Anwendung unumwiderrlegbaren Tatsachenmaterials zeigte er, wie Vietzsch als Spalter der Freidenkerorganisation in Schlesien die Geschäfte der Dunkelmänner aller Schattierungen besorgt.

Als Helfer von Vietzsch trat dann der SPD-Mann Reichelt aus Jirlau auf, der als übler Postenjäger bekannt ist. Obwohl dieser Konföderationspolitiker und Bräutigam voriges Jahr mit Hilfe der kommunistischen Stimmen in Jirlau Amts- und Gemeindevorsteher geworden war, brachte es dieser Würdige fertig, den Kommunisten zu unterwerfen.

Daß die Massengeschäfte bei der Opposition nicht genügend gesichert seien.

Diese infame Provokation eines Darnat-Sozialisten entzündete einen solchen Sturm der Empörung, daß sogar Vietzsch sich gezwungen sah, diesem Futterstückenhengst das Wort zu entziehen. Das brachte diesen Verleumder derartig in Wut, daß er sogar seinem Freunde Vietzsch zurief, „er möge ihn am Arsch lecken!“

Dann erwuchs Leichen-Vietzsch eine andere Hilfskraft, die aber seine Aktion nicht nur nicht rettete, sondern vollständig dem Bankrott entgegenführte. Es war dies die SPD-Leuchte Riesner,

die es für zweckmäßig gehalten hatte, für die „Rettung“ von Leichen-Vietzsch erst einmal ein genügend großes Quantum Spiritus hinter die Binde zu legen. Daß mit solchem „Geist“ Vietzsch nicht geholt war, versteht sich am Bande. Als dritter im Bunde betätigte sich der SPD-Mann August Krauer, der auch glaubte, den „starken Mann“ rüchtern zu können, ohne aber dabei irgendwelchen Eindruck zu machen.

Dann wurde zur nochmaligen Wahl der Leitung geschritten, und nur durch einen demagogischen Schachzug der Leichen-Vietzsch-Gesellschaft gelang es, einen „Sieg“ zu erringen, an dem weder Vietzsch noch seine Freunde lange Freude haben werden. Während nämlich von der Opposition die am 25. Januar v. J. gewählte Leitung wieder vorgeschlagen wurde, schlugen die Konföderationspolitiker den ehemaligen von der Freiburger Arbeiterkassette gebildeten „Kommunisten“ Hermann Krause vor. Einen Gleichwertigen fand dieser Krause in dem ehemaligen Revolutionär Marg Morjcher. Dieser hatte am 25. Januar eine Niederwahl als Schriftführer abgelehnt.

Als er jetzt von der Vietzsch-Korona vorgeschlagen wurde, stimmte er ohne weiteres zu, und so entlarvte er sich als ein ganz gemeiner Doppelgänger, der Opposition nur zu dem Zwecke spielt, um dabei auf seine Kosten zu kommen. Mit Hilfe dieser beiden „Helden“ gelang es dann, die Opposition zu „schlagen“. Sie brachte nur 60 Stimmen auf, während auf die Morjcher, Krause u. Co. diesmal noch 23 Stimmen mehr, also 83 Stimmen entfielen.

Leichen-Vietzsch hat demnach „gesiegt“. Aber die Opposition denkt nicht im Traume daran, sich als besiegt zu betrachten. Im Gegenteil: ihre innere Kraft und ihr Kampfesgeist haben durch den Verlauf dieser

# Ein Ortsausschuß für den Kampf der werktätigen Frauen gewählt

Waldenburg-Altwasser. Die am vergangenen Sonntag aus Anlaß des Internationalen Frauentages abgehaltene Demonstration nahm einen guten Verlauf. Gegen 14 Uhr sammelten sich auf der Poststraße die proletarischen Frauen, um für Gleichberechtigung und besonders gegen den berüchtigten Paragraphen 218 zu protestieren. Unter Abhängen revolutionärer Lieder zog die Demonstration durch Altwasser bis zu Leopolds Gasthof, wo zum Abschluß der Kundgebung eine Versammlung stattfand. Mit einem Kampflied wurde sie eröffnet, und dann hielt eine Rednerin ein mit Beifall aufgenommenes Referat über die Lage der Frauen unter besonderer Berücksichtigung ihrer Ausbeutung in den Betrieben. Sie besprach an Hand einschlägigen Materials die ungeheure Ausbeutung, die mit den Frauen getrieben wird, und brandmarkte die profitierberischen Methoden der Kapitalisten, die sich nicht scheuen, das sogenannte „schwarze Geschlecht“ in noch schamloserer Weise auszubeuten als die Männer. Sie ließ ihr Referat ausklingen in dem Appell an alle Frauen, die Erlösung aus dem Elend und der Sklaverei dadurch zu bewerkstelligen,

Verammlung eine weitere Stärkung erfahren. Sie wird ihre bisherige oppositionelle Stellungnahme nicht nur nicht aufgeben, sondern schärfer noch als bisher die verkappte Pappenpolitik der Vietzsch-Gesellschaft vor der Arbeiterklasse entlarren und dafür Sorge tragen, daß aus dieser Niederlage sehr bald ein Sieg für die angeblich Geschlagenen entstehen wird.

## Freiburg Märzfeier in Freiburg

Zu der diesjährigen Märzfeier, welche am Sonnabend, 14. März, im Freiburger Gesellschaftshaus, um 20 Uhr, stattfindet, wird auf vielseitigen Wunsch das politische-satirische Theaterstück „Di. Schwefelblüte“ gegeben. Arbeiter, besuche dieses Stück und lerne daraus. — SPD Freiburg.

## Liebsthau Sparmethoden auf Fürstlich-Pfälzischem Gut Christinenhof

Eine ganz infame „Spar“methode wurde hier auf dem Gute durch den Inspektor Bille durchgeföhrt. Da angeblich die Arbeit nicht mehr ausreicht, hat er sämtliche Frauen, die auf dem Gute sind, entlassen, die jetzt gezwungen sind, stempeln zu gehen. Da er es aber verstanden hatte, den Leuten bei ihrem Eintritt das Unterschreiben eines Reverses beizubringen, nach welchem sie nicht gewillt sind, Erwerbslosensbeihilfe zu zahlen, können die Frauen selbstverständlich jetzt auch keine Unterstützung erhalten. Die auf diese betrügerische Weise herbeigeföhrt sollange erhaltene Hilfe bringt es dieser Gutsherrin fertig, jetzt noch in schamlosester Weise auszunutzen. Er bot einfach zwei Frauen an, ohne jede Bezahlung, nur gegen Verabfolgung von Essen, das Schließen von Federn zu übernehmen. Gegen diese Ausbeutung wird sich selbstverständlich weder ein Staatsanwalt noch irgendeine Aufsichtsbehörde veranlaßt sehen einzugreifen. Deshalb müssen die Landarbeiter aus dieser Lausache lernen, daß es nur einen Weg gibt, solche Ausbeutungsmethoden zu beseitigen, wenn sie sich auflehnen, auch auf dem Lande alle Proleten zusammenschließen, um auf diese Weise den Kampf gegen diese Ausbeutungsgesellschaft führen zu können.

# Textilarbeiterkonferenz am 15. März

Zu Dittersbach, 9 Uhr vorm., Lokal „Gebirgsbahn“, für die Textilgebiete Landeshut, Wäpzigersdorf, Frieblaub und die Waldenburger und Kreuzder Textilbetriebe.  
Zu Langenbielau, Lokal Dinter, 9 Uhr vorm., für die Textilbetriebe in Langenbielau, Reichenbach, Peterswalbau und Mengersdorf.  
Zu Neusalz (Lokal und Zeit wird noch bekanntgegeben) für die Textilbetriebe in Neusalz, Grünberg und Sagan.  
Zu Lauban (Lokal und Zeit wird noch bekanntgegeben) für die Textilbetriebe in Lauban, Görlitz, Marzillijsa und Greiffenberg.

was brauchen Proleten Zahnerfab, wenn sie ja sowieso nichts zu beißen haben. Die Gesellschaft nennt sich gern „gemeinnützig“. Auf Grund dieses Titels hat sie ja wohl die Gelder bekommen. Aber mit dem „Gemeinnutz“ hat es eine eigene Bewandnis. Die Miete von 87,80 Mark pro Monat steht schon nicht danach aus. Mit Gemeinnutz hat es auch nichts zu tun, wenn diese Miete bereits im voraus bezahlt werden muß. Da selbstverständlich auch unter den 40 Mietern dieser Siedlung die allgemeine Not immer größer wird, weil ein Teil erwerbslos, ein anderer verkürzt beschäftigt ist, wirt sich natürlich dieser Art der Mietenzahlung auch aus. Aber der maßgebende Herr dieser Gesellschaft, ein Herr Weder, fragt nach solchen Dingen nicht und als daher ein Teil der Mieter im Rückstand geblieben war, wurde einfach beim Amtsgericht Hermsdorf die Klage auf Räumung eingereicht. Wie rücksichtslos und teilweise auch direkt unverständlich die Leitung handelt, geht daraus hervor, daß man diese Klage auch auf solche Mieter ausgedehnt hat, die gar keine Miete rückständig waren. Die Kosten, die auf diese Weise entfallen, scheinen ebenfalls bei Herrn Weder keine Rolle zu spielen.

Es ist ein ungeheuerlicher Skandal, daß man Mietern, die von dem großen Wohlfahrtsgeld leben müssen und die trotz alledem bisher immer ihre Miete bezahlt haben, wobei sich manche das Geld direkt abgehungert haben, jetzt auch noch die Klassenjustiz auf den Hals jagt. Wir halten es daher für notwendig in aller Öffentlichkeit die Siedlungsverwaltung zu befragen, ob sie mit diesen Maßnahmen des Weder einverstanden ist. Den bürgerlichen Mietern aber, die den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft noch nicht begriffen haben, raten wir, aus diesem Vorgehen die Lehren zu ziehen. Es wird auch ihnen nicht unbekannt sein, daß sogar in der Verfassung jedem Deutschen das Recht auf Wohnung schriftlich garantiert ist, und nun haben sie Gelegenheit, zu sehen, wie diese Garantie in der Praxis ausfällt. Wenn sie nicht in der Lage sind, im voraus die hohe Miete zu zahlen, dann wird einfach die Klassenjustiz gegen sie mobil gemacht, sie werden aus den Wohnungen gewaltsam herausgeholt und können dann auf der Straße über den wunderbaren Paragraphen der Verfassung nachdenken, der ihnen das Recht auf Wohnung verbürgt.

Diesem Mieter aber, die über diese kapitalistische Gesellschaft bereits klar geworden sind, mögen diesen Vorgang nun Anlaß nehmen, noch schärfer als bisher unter ihren Klassengenossen für die Partei zu wirken, die als einzige gegen diese wahnsinnige kapitalistische Gesellschaftskrieg kämpft, und das ist die kommunistische Partei.

# Niederschlesien

## Görlitz

### „Erbauliches“ aus dem hiesigen „Volks“haus

Man schreibt uns: Vor kurzem hatte ich Gelegenheit, eine merkwürdige sozialdemokratische „Kollegialität“ kennen zu lernen. Die gesamte Arbeiterkassette von Görlitz wird sich heute noch sehr gut daran erinnern, in welcher Weise man es verstanden hatte, die Großen aus ihren Taschen herauszuholen, um das Volkshaus zu schaffen. Man redete ihnen ein, daß dieses Unternehmen ein wirkliches Volkshaus werden sollte. Inzwischen haben so mancherlei Vorgänge in diesem Hause gezeigt, daß diese Versprechungen nichts weiter als Betrug gewesen sind. Das kam ganz besonders charakteristisch auch im vorigen Jahre zur Geltung, als man anstatt einer Einrichtung zur Hebung der gewerkschaftlichen Durchreisender „großzügig“ das Volkshaus zu einem Hotel umbaute.

Der Vorgang, den wir heute wiedergeben, unterstreicht die Tatsache, daß man dieses Haus der Arbeiter nicht mehr als Volkshaus bezeichnen kann. Ein altgedienter Gewerkschafter, der 21 Jahre lang seine Beiträge in die Gewerkschaften gezahlt hatte, und in diesen zwei Jahrzehnten auch manches Scherlein für den Bau dieses Hauses beigetragen hatte, war wie viele seiner Klassengenossen, in eine solche erbärmliche wirtschaftliche Lage geraten, daß er sich gezwungen sah, von dem Mißliebigen seiner nächsten Bedienung zu machen. Er versuchte nun auch im Volkshaus unter Vorwand seines Parteibuches, Mitgesieder der Partei in höchster Form um eine Unterstützung zu bitten, und gewann dabei an keine langjährige Mitgliedschaft. Was aber mußte er erleben? Der famose „Ober“ dieses Volkshauses befahl die „Kapitel“, diesem 68-jährigen verarmten Genossen gegenüber eine Stellung einzunehmen, die sich schlimmer auch irgendein Selbstmord nicht herausgenommen haben würde. Und so wurde er einfach des Lokals verwiesen.

Wir sind zwar der Ansicht, daß auch diejenigen Erwerbslosen, die sich in solch bedrängter Lage befinden, wie das bei diesem Gölzinger Mann der Fall ist, nicht dumm sein, sondern sich zum Kampf entschließen müssen, aber nicht desto weniger müssen wir diese Art und Weise, wie man diesem Mann gegenüber verfuhr, auf das schärfste brandmarkieren, weil sie auch den primitivsten Anschauungen der Solidarität widerspricht.

## Halbau

### Kommunistenhebe bei den Kleinbauern

Halbau. In Neuhaus, einem kleinen Bauernort in der Nähe von Halbau haben es die Nazis fertig gebracht, in der Bevölkerung eine Auffassung über die Kommunisten hineinzutragen, die nichts anderes zum Zwecke hat, als bei den Kleinbauern zu verhindern, daß diese erkennen, daß das sogenannte „Dritte Reich“ nicht eine Erlösung aus ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage bedeutet, sondern daß es ihnen in dem sogenannten „Dritten Reich“ noch viel schlimmer gehen wird. Wovon werden auf Grund dieser Gerüchte in der Nacht von den Bauern Büden abgeholt, weil ihnen angeblich die Kommunisten das Vieh aus dem Stalle wegholen wollen. Wir haben gewiß nicht notwendig, uns gegen einen solchen Verdacht zu verteidigen. Aber es genügt zu richtig von dem schwebelnden Genossen jener Gesellschaft, die schamlos alle diejenigen Parteien unterstützen, deren

Steuer- und Zollpolitik es dahin gebracht hat, daß in der Tat den Kleinbauern sehr bald die letzte Kuh aus dem Stalle geholt werden wird, aber nicht von den Kommunisten, sondern von den Steuer- und Zolleintreibern, die bestellt werden von den heute herrschenden Großagariern, den guten Freunden jener Heher!

Unter denen, die in dieser Weise gegen die Kommunisten hehen, tritt der Nazi-Hauptling Döbft besonders hervor. Er glaubt die Berechtigung dazu abzuleiten zu können aus der Vorentscheidung des seiner Wirtschaftlerin zugesicherten Lohnes. Ja, dieser Nazi-Hauptling soll es sogar fertig bringen, für seine Leute nicht einmal die gesetzlich verpflichteten Versicherungsbeiträge abzuschließen. Wir Kommunisten werden uns aber nicht abhalten lassen, auch in diesen dunklen Winkeln hineinzuweisen. Wir werden Versammlungen veranstalten, wo wir den Kleinbauern Gelegenheit bieten werden, zu erfahren, wer es in Wirklichkeit ist, der ihre andauernde Verelendung herbeiföhrt und ihnen gleichzeitig gegen, wie es möglich sei, in ähnlicher Weise wie in der Sowjetunion die Kleinbauern aus ihrer traurigen Lage herauszuführen.

## Grünberg

### Kampf gegen den § 218

Auf dem Kampfkongreß in Breslau waren aus Grünberg eine Anzahl Delegierte vertreten. Es wurde nun hier eine Versammlung einberufen, in welcher über diesen Kongreß gegen den Faschismus von den Delegierten Bericht erstattet wurde. Obwohl die Einberufung nur durch Handzettel erfolgt war, hatten sich zahlreiche Arbeiter eingefunden. Zunächst referierte Genosse Laube über die gegenwärtige politische Situation, über die Weltlage, ihre Ursachen, um dann auch den Kampfkongreß in entsprechender Weise zu würdigen. Nach ihm nahmen die Delegierten-Genossen Köhr und Hartwig sowie der Kamerad Kraus und Frau Wandelt das Wort. Alle sprachen mit großem Enthusiasmus über den Eindruck, den der Kongreß auf sie gemacht hat und ließen ihre Berichterstattung anknüpfen in der Forderung, alle Kräfte einzusetzen für die Herstellung einer roten proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus. In besonders temperamentvollen Worten wandte sich Frau Wandelt an die werktätigen Frauen und forderte von ihnen, sich in den Kampf gegen den § 218 einzuschließen. Nach einem kurzen begeisterten Schlusssort des Genossen Laube wurde unter stürmlichem Beifall eine Entschließung angenommen, die in schärferer Weise gegen das Vorgehen der Klassenjustiz gegenüber dem Genossen Dr. Friedrich Wolf protestiert und die Versammelten verpflichtet, ganz besonders unter den werktätigen Frauen dafür zu sorgen, daß sie mitwirken sollen, diesen Schandparagraphen zu beseitigen.

## Aus dem Riesengebirge 40 Proleten werden ermittelt

Die „Schlesische Heimstätten-Wohnbaugesellschaft“ Breslau hat in Petersdorf 10 Vierfamilienhäuser gebaut. Die selber wurden in der Hauptsache von der Invalidenversicherung getragen. Der andere Teil wurde je zusammengekauft. Nur ließ die Landesversicherung vor kurzem erklären, daß sie keine Zuschüsse mehr für Zumbauante und Zahnerfab leisten könne. Kamentlich das letzte ist ja für Proleten eigentlich nicht überraschend, denn



# SPD. bewilligt den Wehretat!

Mit den Generalen gegen das Volk — Was Groener fordert, wird von der SPD. bewilligt  
Trotz Mehrheit alle kommunistischen Anträge abgelehnt — Gute Antwort: Raus aus der SPD.

Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde gestern die Einzelberatung des Wehretats fortgesetzt. Heute folgt der Marinetaat. Die Sozialdemokratie stimmte für Titel den ungeheuren Millionenforderungen der Reichswehrgenerale zu, ohne auch nur den kleinsten Versuch zu machen, Abstrichungen vorzunehmen. Sie stimmten sogar gegen ihre eigenen Streichungsanträge aus dem vergangenen Jahre.

Der Abgeordnete Schöpplin gab dazu die Erklärung ab, daß die SPD. heute nicht mehr nach den alten Agitations- und Demonstrationenmethoden Streichungsanträge stellen könne, worauf Genosse Stoedter die Sozialdemokraten sofort sehnagelte, daß ihre früheren Streichungsanträge von vornherein also nur als Agitationsanträge gemeint gewesen waren, da ihre Ablehnung sicher war.

Schöpplin beklagte das Verhalten seiner Partei mit der „abergewöhnlichen Situation“, in der sich die Sozialdemokratie in diesem Jahre befindet, nämlich der, daß SPD. und KPD. jetzt die Mehrheit haben.

## 30 Prozent und 1 Prozent

Die Genossen Klippenberger und Stoedter vertraten wirkungsvoll die Politik der SPD. Während die Einsparungen am gesamten Reichshaushalt etwa 11 Prozent betragen (als Durchschnitt), betragen sie beim Sozialetat über 30 Prozent, d. h. etwa 600 Millionen, beim Reichswehretat aber nur etwas über — ein Prozent. Der Etat ist trotz der unerhörten Not der fünf Millionen Erwerbslosen fast genau der gleiche geblieben, wie im vergangenen Jahr.

## Groeners gehorjame Sozialdemokratie

Zum Zwecke der finanziellen Verschleierung sind auch dieses Jahr wiederum mehr als 200 Millionen als „übertragbar“ oder „gegenseitig bedungensfähig“ bezeichnet worden. Dazu kommen 230 Millionen, die die Reichswehr heute schon als Vorbehalte für das kommende Jahr mit anfordert.

Für alle diese unerhörten finanziellen Schieflagen stimmte die Sozialdemokratie bedingungslos gegen die kommunistischen Streichungsanträge.

## Für 400 Millionen Waffen und Munition

Wieder für 400 Millionen Waffen und Munition werden auch dieses Jahr wieder 80 Millionen angefordert, wobei unsere Genossen darauf hinwiesen, daß einen ungeheuren Umfang die Aufstellung von Waffen und Munition im Laufe der letzten drei bis vier Jahre angenommen haben müsse, wenn man bedenkt, daß allein für diesen Zweck in diesem Zeitraum mehr als 100 Millionen Mark ausgegeben worden sind.

Kennzeichnend für die Motorisierung der deutschen Armee ist die Tatsache, daß für das Kapitel Kraftfahrwesen in diesem Jahr 1,2 Milliarden Summen angefordert werden als wie in den vergangenen Jahren.

## Die politische Entrechtung der Soldaten

Die Sozialdemokratie stimmte geschlossen mit den bürgerlichen Parteien gegen jeden kommunistischen Antrag, der im Interesse der „gemeinen“ Soldaten der Reichswehr versuchte, einige Verbesserungen des jetzigen Systems herbeizuführen. So

## SPD.- und Reichsbannerarbeiter kommen zur antifaschistischen Volksfront

Frankfurt a. M., 10. März. Am Sonnabend und Sonntag tagte hier der Volkskongress gegen den Faschismus für Hessen-Frankfurt, der sich zu einer grandiosen Kundgebung für die antifaschistische Einheitsfront aller Werktätigen gestaltete. In der Diskussion traten der Ortsgruppenvorsitzende der SPD. Wiesbaden und mehrere Reichsbannerarbeiter auf, die unter dem jubelnden Beifall des Kongresses ihre Reichsbannerrolle abrißen und sich den Sowjetkern anhefteten. Sechs SPD.- und Reichsbannerarbeiter erklärten ihren Beitritt zur KPD. bzw. zum Kampfbund gegen den Faschismus. Gleichzeitig tagte ein antifaschistischer Jugendkongress, auf dem drei SA-Mitglieder zum KPD. übertraten.

Der Volkskongress war mit 372 Delegierten besetzt, davon 33 aus den Betrieben, 248 Erwerbslose, 4 Kleinbauern und 8 Gewerbetreibende. 10 Delegierte gehörten der SPD., 4 dem Reichsbanner und 7 der SA. an. Ferner war ein ehemaliger Nationalsozialist anwesend. Genosse Fritz Hedert hielt das Referat, das mit stürmischer Zustimmung aufgenommen wurde. Anlässlich des Kongresses fand in der Stadthalle eine riesige Kundgebung statt, an der 20.000 Personen teilnahmen. 300 Arbeiter erklärten ihren Eintritt in die revolutionären Organisationen. Nach der Kundgebung demonstrierten die Massen auf den Straßen, obwohl die Polizei Seewerks in bestialischer Weise wütete.

## Zerfall der Hamburger SA.

Heraus zum Reichsjugendtag in Berlin

Hamburg, 10. März. (Eigener Bericht.) Die letzte Bezirkskonferenz in Wilsen zeigte deutlich die Zerfallsercheinungen im Bezirk Hamburg-Nordwest. Für 1930 werden 3583 Mitglieder angegeben, gegenüber 3591 im Jahre 1929. Aber auch diese Zahlen sind fingiert, denn der Jahresbericht spricht offen von einem Rückgang in den Großstädten. So hat Hamburg rund 150 Mitglieder im Verlaufe eines Jahres verloren. Von den angegebenen Mitgliedern bezahlten laut Jahresbericht nur 2591 ihre Beiträge. Der Sekretär Schröder gab ganz offen zu, daß das schlechte Wortwörterbuch der SA auf die Propaganda der Kommunisten zurückzuführen ist.

In der Konferenz gab es starke politische Auseinandersetzungen mit der Partei, die ihren Ausdruck nachher darin fanden, daß ein „Linker“ in den Reichsausschuss gewählt wurde, während der Rechte Schröder nur zehn Stimmen von den anwesenden 71 Delegierten erhielt.

wurde der Antrag auf Aufhebung aller Bestimmungen, die die politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Unteroffiziere und Mannschaften einschränken, niedergestimmt.

Ebenso der kommunistische Antrag auf Aufhebung der vom Reichswehrministerium erlassenen Filmverbote, die selbstverständlich nur solche Filme wie den „Potemkin“ betreffen, den „Friedrichs Reg.“ aber ungeschoren lassen.

Abgelehnt wurde auch von den Sozialdemokraten der Antrag der kommunistischen Fraktion auf sofortige Aufhebung des berüchtigten Uhren-Erlasses von Groener, der das Spitzelsystem gegen kommunistische Soldaten mit klingender Münze befohlen.

# Sieg des Sozialismus gesichert!

Große Eröffnungsrede des Genossen Molotow auf dem 6. Allrussischen Sowjetkongress

Am Sonntag wurde in Moskau der VI. Allrussische Sowjetkongress eröffnet. Dieser Kongress erhält seine besondere Bedeutung dadurch, daß er im dritten Jahre, im entscheidenden Jahre der siegreichen Durchführung des Fünfjahresplanes, stattfindet. Der Kongress kann mit Stolz feststellen, daß die Befolgung der Generallinie der bolschewistischen Partei zur sozialistischen Industrie zur vollständigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zur Liquidierung des Kulakentums als Klasse und zur sozialistischen Umgestaltung des Dorfes führt. Er wird das Fazit der zweijährigen Durchführung des Fünfjahresplans ziehen, die Bilanz einer Reihe von entscheidenden Erfolgen auf allen Gebieten, die den Sieg des Sozialismus bereits gesichert haben. Der Kongress wird die Richtlinien für den weiteren Ausbau der Fundamente der sozialistischen Wirtschaft geben.

Am ersten Tag des Kongresses hielt der erste Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Genosse Molotow eine große Rede über die Tätigkeit der Sowjetregierung und die außenpolitischen Beziehungen der Sowjetunion, aus der wir die wichtigsten Teile zum Abdruck bringen:

## Die Rede des Genossen Molotow

In den letzten zwei Jahren hat sich die Lage in unserem Lande radikal geändert. Breitere Massen der Bauernschaft haben den Weg der Kollektivierung eingeschlagen. Das hat der Sowjetregierung die Möglichkeit gegeben, von der Politik der Beschränkung und Veränderung des Kulakentums zur Politik seiner Liquidierung als Klasse überzugehen. Wir sind in die Periode des Sozialismus eingetreten und der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion ist gesichert.

Die Antisowjetkampagnen verfolgen alle ein Ziel: Die öffentliche Meinung der Welt für eine Intervention gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Schon die Angaben über die Sowjetausfuhr widerlegen die Fabel, daß alles Unheil der kapitalistischen Länder durch die von der Sowjetunion ausgeführte „billige Ware“ heraufbeschworen werde. Bezeichnend ist, daß die Krise solche Wirtschaftszweige wie Stahl- und Maschinenbau und Automobilindustrie erfaßt hat, in denen wir nichts ausführen, vielmehr mit jedem Jahre unsere Einfuhr steigern. Im vergangenen Jahre haben wir unsere Einfuhr erheblich vergrößert. Wir werden aber auch unsere Ausfuhr ausbauen, um unsere Einfuhr zu bezahlen. Niemand wird uns zwingen können, diese Politik zu ändern.

Zu dem Thema „Zwangsarbeit“ erklärte Molotoff: Ein Vergleich der tatsächlichen Lage der Arbeiter in der Sowjet-

## „Der Soldat muß auf Vater und Mutter zieleben“

Sogar ein Antrag, der fordert, daß die Reichswehr nicht zu politischen Zwecken im wirtschaftlichen oder politischen Kampf eingesetzt werden darf, wurde von der SPD. abgelehnt.

Ferner verlangten die Kommunisten in einem Antrag, daß alle Arbeitskräfte, die bei der Reichswehr benötigt werden, entsprechend dem § 81 des Tarifvertrages ausschließlich durch die amtlichen Arbeitsnachweise angefordert werden müssen. Auch dieser Antrag wurde einschließlich der Sozialdemokraten abgelehnt.

Bei diesem händischen Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber Groener ist es nicht überraschend, daß sie fernerhin verhinderte, Aufklärung über die Tätigkeit der in der Mehrzahl nationalsozialistischen sogenannten „Ziviloffiziere“ zu erlangen, wie das in einer Reihe von kommunistischen Anträgen gefordert worden ist.

Auf diese neuen Verbrechen der SPD-Führer gibt es für Klassenbewußte sozialdemokratische Arbeiter nur einen Kommentar:

Raus aus der Panzerkreuzerpartei!

union und den kapitalistischen Ländern zerstreut reiflos diese Güte. Die Sowjetunion hat die Arbeitslosigkeit reiflos liquidiert, die wichtigsten kapitalistischen Länder haben dagegen mehr als 30 Millionen Erwerbslose — die USA. allein über 10 Millionen. Der Arbeitstag beträgt in den kapitalistischen Ländern nach offiziellen Angaben faktisch zehn Stunden, während die Sowjetunion zum Siebenstundentag, in manchen Wirtschaftszweigen zum Sechstundentag übergegangen ist.

Die Fabeln von Zwangsarbeit werden durch folgende Angaben widerlegt: Die Waldarbeiter der Sowjetunion arbeiten auf Grund freiwillig abgeschlossener Kollektivverträge. Weder die Holzbeschaffung noch die Erzeugung anderer Exportwaren hat mit Sträflingsarbeit etwas zu schaffen. Die Versuche gewisser Auslandstreife, die Arbeitsverhältnisse in der Sowjetunion zu untersuchen, sind für uns unannehmbar als einseitiger Akt. Das wäre mit der Souveränität unseres Staates unvereinbar. Auf der Grundlage der Gleichberechtigung sind wir bereit damit einverstanden.

Wir sind bereit, eine Untersuchung der Arbeitsverhältnisse in der Sowjetunion durch jede von Arbeitern gewählte Delegation zu gestatten, vorausgesetzt, daß einer Delegation der Sowjetarbeiter die Untersuchung der Arbeitsverhältnisse in den kapitalistischen Ländern gestattet wird. Wir stellen dabei die Bedingung, daß alles, was diese Delegationen in der Sowjetunion und in den kapitalistischen Ländern ermitteln werden, zur Veröffentlichung gelange. Die Arbeitsverhältnisse in der Sowjetunion haben sich in den letzten 13 Jahren nicht geändert. Das Prinzip, das vom Rätekongress im Jahre 1916 der Deklaration der Rechte der Werktätigen zugrunde gelegt wurde — „Wer nicht arbeitet, der isst nicht“ — bleibt in Kraft.

## Frankreich als Kriegsempfänger

Nach der Erklärung, daß die Anti-Sowjetkampagnen dem Wirtschaftshonkott der Sowjetunion den Weg ebnen und eine Staffel der Interventionsvorbereitung gewisser kapitalistischer Staaten darstellen, kam Genosse Molotow auf außenpolitische Fragen zu sprechen. Molotow verwies darauf, daß Frankreich in den eben gekennzeichneten Beziehungen eine besondere Aktivität entwickelt. Die auf Initiative führte er aus, soll nach dem Plan ihrer Urheber in dieser Beziehung eine besonders große Rolle spielen. (Schluß folgt.)

## Faschismus und Katholizismus

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „DAZ.“ eine Erklärung eines Herrn Dr. Alfredo Stendardo, Parteisekretär des Berliner „Fascio“ — so was darf sich in Deutschland herumtreiben — eine Erklärung, in der sich der italienische Faschist gegen ein Flugblatt des katholischen Windthorstbundes wendet.

Angetan hat's dem Herrn die Stelle, wo es in dem sonst durchaus antibolschewistischen Flugblatt beiläufig heißt: „Siehe Italien: das Paradies der Nazis“.

Offensichtlich um der nationalsozialistischen Propaganda Vorstoß zu leisten, gibt Herr Stendardo Erklärungen ab, für die man ihm nur dankbar sein kann. Von authentischer Seite erfährt man über das Verhältnis zwischen Faschismus und Katholizismus in Italien folgendes:

„Nur das faschistische Italien hat es vermocht, die Verbindung mit der katholischen Kirche zustande zu bringen.“

Nur durch den Faschismus ist das Sakrament der Ehe durch die italienische Gesetzgebung völlig anerkannt worden und die katholische Religion zur tatsächlichen Staatsreligion geworden.

Er allein hat es fertig gebracht, die den Kern der Nation zermühende Arbeit des Kommunismus und jeden religiösen und moralischen Wert vernichtende und verhöhrende marxistische Propaganda im Reim zu ersticken.

Durch die faschistische Herrschaft ist es der italienischen Wirtschaft möglich geworden, keine einzige Arbeitsstunde zu verlieren.“

Hier hat man ein ganzes Programm des Kulturfaschismus. Das Bündnis zwischen Faschismus und Katholizismus wird auch in Deutschland mit allen Mitteln betrieben. Daran sollen die deutschen Arbeiter immer denken angesichts der reaktionären Politik Brünings. Besonders an die letzte Erklärung des Herrn Stendardo, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß alle Streikbewegungen der Arbeiter in Italien unterdrückt werden, damit die Herren-Kapitalisten auch nicht eine Stunde bei der Ausbeutung der Arbeiter verlieren.

## Vergleichsvorschlag

## des Konsumvereins Halle

Zur Abwendung des von der SPD. erstrebten Konkurses des Konsumvereins Halle hat die Verwaltung nach der Annahme des Vergleichsverfahrens nunmehr in den letzten Tagen dem Gericht einen Vergleichsvorschlag unterbreitet. Dieser Vergleichsvorschlag sieht vor, daß den Lieferanten 35 Prozent ihrer Forderungen (zahlbar in Raten von 3. bis 18. Monat) anerkannt werden soll. Den Gläubigern, deren Forderungen aus Spareinlagen bestehen, wird die freie Wahl über zwei Vorschläge selber belassen. Entweder sollen die Sparer 35 Prozent ihrer Forderungen zu den gleichen Termiinen wie die Lieferanten ausgegahlt erhalten, oder es wird ihnen die hundertprozentige Auszahlung ihrer Forderungen ab 30. Juni 1935 nebst Zinsen zugesagt. Bedingung für die Sparer ist, daß sie in den nächsten vier Jahren einen Umsatz von mindestens 350 Mark pro Jahr erreichen müssen. Der bis zur 35prozentigen Quotenauszahlung bestehende Ueberwachungsanspruch soll aus vier Sparergläubigern und vier Lieferanten-gläubigern bestehen.

Der Verwaltung des Konsumvereins ist es gelungen, mehr als die erforderlichen Zustimmungserklärungen der Sparer und Lieferanten für die Beantragung des Vergleichsverfahrens zu erhalten. Trotzdem versuchen die Sozialdemokraten nach wie vor mit allen Mitteln, den Konkurs der Genossenschaft zu betreiben. So hat Sozialdemokrat Müller in der Presse erklärt, daß keinerlei Aussicht für den Konsumverein bestünde, den Vergleich zu erreichen.

Erst die nächsten Wochen werden zeigen, ob die Anstrengungen der oppositionellen Geschäftsleitung, einen Konkurs des Konsumvereins Halle zu verhindern, Erfolg haben werden. Wie aber auch der Ausgang des Vergleichsverfahrens sein wird, der SPD. wird es nicht gelingen, die halleischen Genossenschaftsmitglieder für ihren sozialdemokratischen Konsumverein zu gewinnen. Die Mitglieder werden nach wie vor den Kampf gegen die reformistischen Genossenschaftsgegner fortsetzen.



**Stadttheater Breslau**

(Opernhaus)

Mittwoch, den 11. März, 10 Uhr  
14. Abonnements-Vorstellung P  
Die Meistersinger von Nürnberg

Donnerstag, den 12. März, 20.15 Uhr  
15. Abonnements-Vorstellung D  
Simone Boccanera

Freitag, den 13. März, 20.15 Uhr  
Der fliegende Holländer

Sonabend, den 14. März, 20.15 Uhr  
Die Bohème

Sonntag, den 15. März, 11.30 Uhr  
(Kleine Preise 0,20 bis 4 —)

3. Veranstaltung der „Jungen Bühne“  
Sganarelle oder Der Schein trägt  
Robes Pierre & Co.

Meister Pedros Puppenspiel  
Sonntag, den 15. März, 20.15 Uhr  
Das Spielzeug Ihrer Majestät  
Madame Sans-Gêne



**Volksfürsorge**

gewerkschaftlich genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg 5  
**Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands**  
Versicherungsleistungen: **11 Millionen Mk.** seit November 23 (Ende der Inflation)

Gegenwärtig rund 2,1 Millionen Versicherte mit 870 Millionen RM. Versicherungssumme, 115 Millionen RM. Vermögen, davon Eigentum der Versicherten: über 80 Millionen RM. Prämienreserve, über 20 Millionen RM. Gewinnanteile, zusammen über 100 Millionen RM.

Nähere Auskunft erteilen: die Gewerkschaften, die Vertrauensleute der Volksfürsorge und die Rechnungsstelle Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 30-33, Opatzin, Zimmerstraße 6 oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5.

In dieser Woche:

**Kleinste Preise**

für

tägliche

Bedarfsartikel

mit dem

**10**

Verkauf



Täglich 4.15  
Sonntag 4.30 und 4.15  
**NONI**  
Der großen Nachtrage weichen  
3 Nachmittags-Extra-Vorstellungen mit **NONI** und dem vollen Programm  
Donnerstag, Freitag, Sonnabend 4.30 Uhr  
Hörtheater in der Presse

**Vereinigte Theater**

**Lobe-Theater**  
Von Dienstag, d. 10. 3., bis  
Sonnabend, 14. 3., 20.15 Uhr  
**Die Räuber**  
Sonntag, 15. 3., 15.30 Uhr  
**Katharina Kule**  
Sonntag, 15. 3., 20.15 Uhr  
und  
Montag, 16. 3., 20.15 Uhr  
**Die Räuber**

**Thalia-Theater**  
Montag, den 9. 3., 20.15 Uhr  
bis  
Sonnabend, 14. 3., 20.15 Uhr  
**Die spanische Fliege**  
Sonntag, 15. 3., 15.30 Uhr  
**Roxy**  
Sonntag, 15. 3., 20.15 Uhr  
und  
Montag, 16. 3., 20.15 Uhr  
**Die spanische Fliege**

**Wandeleibhaus Grundmann**  
Breslau, Trebnitzer Str. 21  
Belichtung v. Auslagen, Wäsche und Schmuddachen

**Bäckerei u. Konditorei**  
**Max Deldsel**  
Breslau, Friedrichstraße 6

**M. Kricke**  
empfiehlt  
**Lebensmittel aller Art**  
Reelle Bedienung, niedr Preise  
Breslau, Löschstraße 17  
9 Prozent Rabatt

**Euer Schuhgeschäft**  
**Fritz König**  
Schmiedeberg 17.

**Max Berndt**  
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik  
Bertramstraße 14

Kaufhaus  
**W. Ansoerg**  
Schmiedeberg  
Wäsche, Trikotagen  
Gardinen, Linoleum

Kauft bei  
**Blasse**  
**Blasse** ist billig!  
BRESLAU  
Nu. Graupenstraße 6/10

**Conrad Rademacher**  
Schmiedeberg i. Rsgb.  
Manufaktur-,  
Weiß-, Woll- und Kurzwaren

**Inserate**  
Laden in unserer Zeitung  
**besten Erfolgs**

JEDEN FREITAG NEU!  
**ARBEITER-SENDER**  
ILLUSTRIRTE FUNKWOCHENSCHRIFT  
Telegramm  
Bestellen Sie sofort den Arbeiter-Sender bei Ihrem Postamt  
Preis Ausgabe 6 für den Monat 60 Pfg  
Preis Ausgabe 6 für 3 Monate 1.80  
Preis Ausgabe 6 für 6 Monate 3.30  
Preis Ausgabe 6 für 12 Monate 6.00  
Verlangte die kostenlose Probeausgabe von jedem Arbeiter-Sender Berlin 68, Reichstraße 10

**Central-Bad an der Reuschesstraße**

Eingang Krullstraße

**Empfehlung zur Nachkur:**  
Vollampf- und Heißluftbäder, Dampfbäder, Elektr. Lichtbäder, Vierzellenbäder nach Prof. Schnee, Elektrisieren, Galvanisieren, Far. disieren, Inhalation  
Kohlensäurebäder, Sauerstoffbäder, Kiefernadel-, Schwefel-, Salz- und andere Zusatzbäder, Duschebäder und Wannenbäder 1. und 2. Klasse  
**Annahme sämtliche Kassenmitglieder!**  
Geöffnet werktags 8 bis 20 Uhr, Sonntags 8 bis 12 Uhr

**G Empfehlenswerte Geschäfte von Breslau und Schlesien G**

**Breslau - Zentrum**  
**R. Karsunky & Co., Möbel**  
Rosenthaler Straße 2  
Ecke Matthiasstraße 3726

**Ohlau**  
**Karl Krenschlöhne**  
Möbel aller Art 1248

**Möbel billigst und gut bei**  
ERNST QUESTER, Tischlermeister 1256

**RESERVIERT**

**Breslau - Zentrum**  
1421  
Molkerei  
**Scheloske & Sohn**  
Klein Tschansch bei Breslau

**Brieg**  
Brauchst Du SCHUHE??  
Geh zu **SCHINDLER**  
Zollstraße 27 1254

**KONSERVEN, WEINE, SÜDFRÜCHTE**  
sowie sämtliche Kolonialwaren kann man gut und preiswert im Feinkosthaus  
**Georg Henschel**  
Kolonial-Neugutshaus-Str. 3  
Telephon 337 1259

**FRANZ LILGE**  
empfiehlt preiswert Lebensmittel 1246

**Kauft am Platze**

**Grünberg**  
**KUNELLA GOLD**  
mit den wertvollen  
**KUNELLA BONS**  
allein erhältlich in der  
**UNELLA-BUTTERHANDL.**  
2461

**Kaufhaus ARTHUR BACH**  
Billigste Bezugsquelle  
Vom 1. März ab 10 Prozent Extra-Rabatt 1252

**KARL ROSSEDEUTSCHER** 1261  
Breslauer Straße 3  
**HÜTE / MÜTZEN / HERRNARTIKEL**

**H. KASKE, Bau- und Möbeltischler**  
1258  
Tischler: Piatzplatz 4  
Möbellager: Oderstraße 56

**NAUMANN - NÄHMASCHINEN**  
auf Teilzahlung 3025  
Alfred Schilling, Ols i. Schles., Ring 17  
Filiale: Neumarkt in Schles., Obering 37

**Görlitz**  
**J. HORN**  
Inhaber Hermann Horn  
Görlitz  
Steinstraße Nr. 1 1262

**Kaufhaus S. JABLONOWSKY**  
Opatzin Straße 22 1254

**Lauban**  
Trinkt Laubaner Korn!  
**EDMUND SCHUBERT**  
Weinbrennerei 1264

**Wurstfabrik Gerhard Hentschel**  
Frühstücksstube / Versandhaus  
für Dauerware / Fernspr. 233 1267

**Woll- u. Baumwollwaren, Trikotagen, Inlets / Bettdecken**  
**Emil Bodmann**  
Nikolaistraße 3 1268

**Waldenburg**  
Kauft bei  
**Jacobsohn**  
Gartenstraße 6 1260

**Ohlau**  
... nur mit Gas!  
rasch, sauber, billig  
Raf und Auskunft beim Gaswerk Ohlau 1260

**Radio-Haberecht, Neumburger Str. 34**  
1265  
altrenommiertes Spezialgeschäft

**ANTON PILZ, Brüderstraße 13**  
Müllprodukte, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren 1266

**Süddeutsches Leinwandgeschäft**  
**C. A. FRENZEL & SOHN**  
Berufskleidung / Wäsche / Trikotagen 1267

**Waldenburg**  
**Alois Hampel, Waldenburger Str.**  
1268  
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren 1268